

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**
Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13093. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596
Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Abrechnung mit der Fahr-Regierung im bayerischen Landtag.

München, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des bayerischen Landtags kamen die Interpellationen der USPD. und der SPD. wegen Ermordung des Genossen Gareis zur Beratung. Der Landtag und die Tribünen waren überfüllt, der Platz des Genossen Gareis war mit einem Lorbeerzweig mit roter Schleife und einem Rosenstrauß geschmückt. Die Interpellation der USPD. begründete Genosse Neumann. Er griff die bayerische Regierung aufs schärfste an, der er die Mitschuld an dem verübten Verbrechen zuschob, weil sie nichts gegen die Mordheher unternommen habe und weil sie den Boden geschaffen habe, auf dem der Mord gedeihen konnte. Er wandte sich vor allem gegen die Versuche der bürgerlichen Presse, den Eindruck zu erwecken, als ob Gareis das Opfer einer Liebesaffäre geworden sei und wies diese niederträchtigen Verleumdungen aufs schärfste zurück. Er führte aus: „Die Ursachen des Mordes liegen wo ganz anders. Gareis war der einzige Zeuge, der in dem Mordprozess gegen Böhm-Pollinger den Mörder gefährlich werden konnte. Deshalb und weil er die Einwohnerwehr als das bekämpfte, was sie ist, als konterrevolutionäre, bewaffnete Organisation, wurde Gareis ermordet. Derselben Kreise, die andre Mordüberfälle in München verübt haben, immer wo es sich um Waffen der Einwohnerwehr handelte, dieselben Kreise haben auch den Mörder gestellt, der Gareis niederschoss. Während auf der einen Seite Bürgerliche offen zum Mord aufzufordern dürfen, wird das Organ der Arbeiterschaft, Der Kampf, verboten, wenn er sich gegen die Mordheher wendet. Wenn aber die Zeitungen der Rechten offenen Mord predigen und die Methode der italienischen Faschisten predigen, dann vergessen Sie nicht, meine Herren von der Rechten, daß die italienischen Arbeiter sich diese Methoden, mit denen man sie bekämpfte, anzupassen lernten und die faschistischen Mörder niedergeschossen und aufgehängt haben, wo sie ihrer habhaft wurden. Wenn Sie immer den Mord predigen, dann dürfen Sie sich auch nicht wundern, wenn sich Ihre eigenen Methoden eines Tages gegen Sie selbst wenden.“ Genosse Neumann ging dann noch im einzelnen auf die Einwohnerwehrrage ein und auf das schändliche Treiben der Falkenkreuzer in München, das ungeführt sich weiter entfalten könne. Die Regierung könne sich nur halten durch rückstufste Volkseingriffe und würde mit diesen fallen. Der Kampf der USPD. ist darauf gerichtet, auch in Bayern die republikanische Verfassung zur Geltung zu bringen, und dieser Kampf wird auch mit dazu beitragen, in Bayern Zustände herbeizuführen, die es unmöglich machen, in Zukunft noch von Bayern als von einer Mörderzentrale zu sprechen.

Seine heute wird der Ministerpräsident v. Kaizer und voraussichtlich auch noch Justizminister Dr. Roth die Interpellation beantworten.

München, 21. Juni. (M. T. V.) Die Interpellation der Sozialdemokraten, in der die Regierung aufgefordert wird, dem Zustand der Rechtsunsicherheit in Bayern ein Ende zu machen, begünstigte der Abg. Saenger, der dabei erklärte, daß seine Partei wohl bereit sei, die Folgen aus dem parlamentarischen System zu ziehen und den auf sie entfallenden Anteil der Verantwortung in der Regierung zu übernehmen, daß sie aber die jetzige Regierung nicht wie jede andre, die in der Frage der Beziehungen zum Reich und in kulturellen und wirtschaftspolitischen Fragen keine anderen Wege einschlägt, bekämpfe. Auch dieser Redner erklärte, daß es sich bei dem Mord an Gareis um einen politischen Mord handele. Er richtete heftige Angriffe an die bayerische Militärverwaltung, an deren Spitze ein Mann stehe, dessen Partei dem bayerischen Antifaschismus huldige. V. Kaizer habe oft von der Verleumdung der Klassen gesprochen, aber mit negativem Erfolg. Das komme daher, daß die Regierung Kaizer nicht mehr frei sei und den Geist, den sie tief, nicht mehr meistern könne.

Die Militärenten gegen das Berliner Wachregiment?

Berlin, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Berliner Morgenblätter der Rechtsprelle wollen aus bestunterschiedener Quelle erfahren haben, daß die interalliierte Militärkontrollkommission an dem in Berlin garnisonierenden Wachregiment Anstoß genommen und dessen Auflösung im Rahmen der Durchführung der Entwaffnungsbedingungen des Ultimatums geordert hat, denn sie sieht in ihm eine im Friedensvertrage nicht vorgesehene und daher nicht erlaubte Formation. Dergleichen soll die Kommission die auf dem Truppenübungsplatz geplanten größeren Truppenübungen der Reichswehr beanstandet und ihre Nichtabhaltung gefordert haben.

Offiziell ist, nach Mitteilung der Deutschen Zeitung, an zentraler Stelle weder von einem schriftlichen noch einem mündlichen Verlangen der interalliierten Kommission in dem oben angedeuteten Sinne etwas bekannt.

Die furchtbare Gruben-Katastrophe bei Herne

83 Tote — 72 Verletzte.

Herne, 21. Juni. (M. T. V.) Die Zahl der Opfer, die die furchtbare Schlagwetterkatastrophe auf der Zeche Mont Cenis in Solingen gefordert hat, ist jetzt endgültig festgestellt. Es wurden 79 tote und 72 verletzte Bergknappen zutage gefördert. Von den Schwerverletzten, die im Bergmannshof in Vohrum Aufnahme gefunden haben, sind bisher vier gestorben, so daß sich die Zahl der Toten auf insgesamt 83 beläuft. Das Unheil entstand offenbar durch einen Sprengschuß in einem schlagwetterreichen Kohlenflöz, denn unmittelbar nach dem Losgehen des Schusses erfolgte eine zweite gewaltige Detonation, die Tod und Schrecken in die Reihen der Bergleute trug. Die Toten sind zum Teil erschlagend verbrannt. Andre wurden durch die Gewalt der Explosion zerschmettert und furchtbar verblutet. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß ein Bergmann, der etwa eine Viertelstunde von dem Explosionsherd entfernt eine Maschine bediente, gegen einen Stempel geschleudert und schwer verletzt wurde.

Die Untersuchung über die Ursachen der furchtbaren Katastrophe ist noch nicht abgeschlossen. Ein vorläufiger Bericht meldet folgendes:

Berlin, 21. Juni. Zu der Grubenkatastrophe bei Herne erzählt die Tel.-Union, daß die Untersuchung über die Ursache des Unglücks noch nicht abgeschlossen ist, daß aber mit großer Wahrscheinlichkeit Schlagwetterexplosion mit nachfolgender Kohlenstaubeexplosion angenommen werden dürfte. Zwei Kommissare des Handelsministeriums haben sich Dienstagmittag nach dem Schauplatz der Katastrophe begeben.

Nach dieser, wie bemerkt, von der unternehmerfreundlichen Telegraphen-Union verbreiteten Meldung hat also nicht nur eine Schlagwetter-, sondern auch eine Kohlenstaubeexplosion stattgefunden. Das läßt darauf schließen, daß, wie auf so vielen andern Zechen, auch auf der Zeche Mont Cenis die Verrieselungsanlagen nicht in Ordnung gewesen sind. Diese Anlagen sind, wie so manche andre auch, während des Krieges vollständig vernachlässigt und teilweise geradezu gebrauchsunfähig geworden. Es muß deshalb mit allem Nachdruck gefordert werden, daß alle diese Anlagen zum Schutze der Bergarbeiter endlich wieder in gebrauchsfähigen Zustand gesetzt werden. Die Bergarbeiter, die im Interesse der Allgemeinheit bereits die schwersten Opfer gebracht, haben das größte Recht zu fordern, daß sie bei ihrer ständigen lebensgefährlichen Arbeit in der weitestgehenden Weise geschützt werden.

Großer Brand auf der Zeche Mont Cenis.

Herne, 21. Juni. In der Nacht zum Mittwoch brach, wie die Herne Zeitung berichtet, in der Kokerlei der Zeche Mont Cenis ein großer Brand aus. Es wurden sofort alle Wehren der umliegenden Zechen zur Hilfe herbeigerufen. Seit ein Uhr nachts besteht die Hoffnung, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Der Kampf in Kleinasien.

Griechenland lehnt die Vermittlung ab?

London, 22. Juni. (M. T. V.) Daily Mail erzählt aus Athen, daß die griechische Regierung eine militärische Aktion in Kleinasien für notwendig hält, um den Frieden im Orient wiederherzustellen. Die griechische Regierung sei entschlossen, jede Intervention abzusehnen, die die in Vorbereitung befindlichen Operationen verzögern könnte.

Der Zusammenritt des Obersten Rates.

Wafel, 22. Juni. (M. T. V.) Nach Pariser Blättermeldungen soll der Zusammenritt des Obersten Rates am 10. Juli in Boulogne oder einem andern Küstenort des Narmenkanals erfolgen. Neben der Besprechung der Antwort Griechenlands wird sich der Oberste Rat mit der obersten Frage beschäftigen.

Die bolschewistischen Truppen auf dem Marsch nach Ungarn.

Moskwa, 21. Juni. (M. T. V.) Nach Meldungen der bolschewistischen Presse aus Moskau haben die Vortruppen der roten Südarmee bereits einen Punkt etwa 60 Meilen westlich von Exzerum erreicht und sind auf dem Marsche nach Ungarn begriffen, um sich mit den Kemalisten zu vereinigen. Diesen Vortruppen folgt die Kernmasse der 11. roten Armee unter dem Kommando des Generals Lewandowski.

Neue Vorschläge Kemal's an Frankreich.

Paris, 21. Juni. Nach einer Blättermeldung aus Athen hat der Abgesandte der französischen Regierung, der frühere Minister Franklin Bouillon, Angora wieder verlassen. Er überbringt Frankreich neue Vorschläge der kemalistischen Regierung.

Die indischen Mohammedaner gegen das Eingreifen Englands.

Stamfa, 20. Juni. Reuter meldet: Ein mohammedanischer Nationalführer erklärte in einer Rede, eine britische Aktion gegen die Kemalisten würde von den indischen Mohammedanern als ein endgültiger Schlag gegen das Kaschaf betrachtet und das Zeichen für einen neuen Ausbruch der Kaschafagitacion bilden.

Zum 5. deutschen Städte-Tag.

Am 23. Juni tritt in Stuttgart der fünfte deutsche Städte-Tag zu einer Beratung zusammen, die für ganz Deutschland von hohem Interesse und großer Bedeutung ist. Im deutschen Städte-Tag sind alle Städte Deutschlands über 50 000 Einwohner zu einer Interessengemeinschaft vereinigt. Welche Bedeutung eine solche große Gemeinschaft hat, bedarf bei dem deutschen Städte-Tag keiner näheren Darlegung. Die Städte haben die Politik des Reiches und der Bundesstaaten in hohem Maße schon vor dem Kriege und erst recht während des Krieges beeinflusst; ja während des Krieges waren sie es in der Hauptsache, die das vierzehnjährige Durchhalten gesichert haben. Wenn es nach dem Lande gegangen wäre, hätte der Krieg kein Jahr gedauert, denn dort konnten die Ueberpatrioten nichts als Gewinne schesseln, sei es durch die Produkte, die sie an die Städte absetzten, sei es durch die Lieferung an das Militär und das Reich.

Die Städteparlamente sind bis zum Kriegsende in der Hand der Bestehenden gewesen; vielfach dominierten in ihnen die kurzfristigen, lokalorientierten Hausbesitzergruppen. Die Arbeiterschaft war durch Klassenwahlrechte ausgeschlossen, oder wenigstens einflusslos gemacht. Die Verwaltung aber war ausschließlich in der Hand bürgerlicher Politiker, die es als eine Entheiligung der Stadtverwaltung betrachteten, wenn etwa einem Arbeitervertreter in ihre Kreise Zutritt gewährt worden wäre. So waren die Bürgerlichen fast ganz unter sich und pasten ihre Gemeindepolitik ganz ihren privaten Klasseninteressen an. Die großen Aufträge der Gemeinden kamen all ihren Klassengenossen zugute. Die bürgerlichen Vertreter bekämpften denn auch heute noch mit Hartnäckigkeit und Heftigkeit jeden Fortschritt zum Eigenbetrieb. Sie bezeichnen sie als sozialdemokratisch und suchen so die Einwohnererschaft gegen diese Forderungen aufzurufen, obwohl sie ganz genau wissen, daß dies mit Sozialismus nichts zu tun hat. Für sie sind die Städte eben Ausbeutungsobjekte, wie das Reich es für die Großkapitalisten und Agrarier ist. In einem Gemeinwesen, woran sie keinen Profit machen können, haben sie auch kein Interesse. Dies zeigt sich besonders seit der Revolution. Gemeinnützigkeit ist ihnen, wenn kein Gewinn zu machen ist, eine verwerfliche Sache. Deshalb werden ja auch die Gegenfälle in den Gemeindeparlamenten zwischen den Vertretern der Arbeiterschaft und denen der Kapitalisten immer größer und schärfer.

Während des Krieges ist die Politik der Städte ganz auf die Kriegsinteressen eingestellt worden. Ihre Finanzen wurden zur Verfügung gestellt, um Unterstützung für die Kriegesfamilien zu zahlen, denn von 12 Mark Unterstützung, wie sie das Reichsgesetz vorsah, konnte eine Kriegesfamilie natürlich nicht einen Monat leben. So wurden die Stadtfinanzen für Kriegszwecke in hohem Maße in Anspruch genommen. Auch zu Mittelbehalten, die den Grundstücksbesitzern in die Tasche fließen, wurden die städtischen Mittel in ziemlichem Umfang verwendet. Aber in noch höherem Maße war es der Fall, als die Städte die Nahrungsmittelbeschaffung und den Vertrieb übernehmen mußten. Die Hauptaufgabe der Gemeindepolitik war die Niederhaltung der arbeitenden Bevölkerung während des Krieges. Die Gemeindefinanzen wurden durch eine solche Politik zerrüttet und die Gemeinden selbst, wie das Reich, schließlich bankrott.

Ein anderes kam noch hinzu, das die Gemeinden in die allerschwerigste Lage brachte: das Reich nahm ihnen die Quelle der Einkommensteuer weg und verwies sie auf die indirekten Steuern, die es aber selbst noch in großem Umfang erhebt. Die Gemeinden sollen nun die großen Kriegsschulden zahlen, sie sollen die großen sozialpolitischen und anderen Aufgaben erfüllen und sie haben dazu keine Mittel. In ihnen rächt sich jetzt die verbrecherische Kriegspolitik doppelt.

Seit der Revolution sind nun die Stadtparlamente anders zusammengesetzt, als vorher; die Arbeiterschaft ist in größerer Zahl in ihnen vertreten. Dagegen ist die alte Verwaltungsbürokratie noch überall im Amt, wodurch sich nun der Gegensatz zwischen beschließender und verwaltender Körperschaft immer mehr herausstellt. Die alten Vorrechts-Wahlgesetze haben überall dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht weichen müssen. Die alten Magistratsverfassungen aber, die der Verwaltung in den Gemeinden die Entscheidung aller wichtigen Dinge in die Hand geben, sind noch in Kraft. Dieser Zustand ist unhaltbar, das erkennt man auf allen Seiten an. Zu seiner Beseitigung schlägt man aber verschiedene Wege ein. Die alte bürgerlich dressierte Bürokratie will aus ihrer Nachposition nicht heraus, sondern sucht sich im Gegenteil noch fester in den Sattel zu setzen. Was bis jetzt über diese Pläne bekannt geworden ist, zeigt der Arbeiterschaft mit aller Deutlichkeit, wo sie den Hebel anzusetzen hat, um die Gemeindefinanzreform zu bewerkstelligen. Die Gemeindefinanzreform und Verwaltungsreform ist denn auch der Hauptberatungsgegenstand auf dem Städte-Tag. Da in Stuttgart die Oberbürgermeister, Bürgermeister und andere Magistratspersonen die gesamte Organisation in der Hand haben, werden sie den Städte-Tag diesmal zu ihren Gunsten auszunutzen suchen. Schon die Dreigliederung des Städte-Tages läßt eine Opposition, die durchdringen könnte, schwer auskommen. Neben dem aus Vertretern sich zusammensetzenden Städte-Tag, der aller vier Jahre tagen soll, besteht ein Hauptausschuß, dem neben Bürgermeistern und Magistratsmitgliedern auch einige Stadtverordnetenvorsitzer angehören. Der Vorstand selbst besteht nur aus ein paar Oberbürgermeistern großer Städte. Bei einem solchen Aufbau und einer solchen Zusammenfassung ist es bisher selbstverständlich, daß keine oppositionellen Elemente aufkommen konnten. Die Vertreter der Bürokratie haben nun das größte Interesse daran, daß ihre

Nachposten in den Gemeinden nicht verloren geht. Und sie sehen denn auch alles daran, um sie zu halten, wobei sie von ihren Klagenenossen aufs eifrigste unterstützt werden. Die Vertreter der Arbeiterkassen, die zum erstenmal in etwas größerer Zahl auf den Städtetag kommen, sind noch ohne jede Fühlung untereinander, und ihr Einfluss als Opposition wird daher noch sehr gering sein. Wenn jedoch der Städtetag sich im reaktionären Sinne für eine Gemeindereform entscheiden soll, so werden die Arbeitervertreter dort alles daransetzen haben, damit nicht nach außen der Eindruck erweckt wird, als ob die Vertretungen der deutschen Städte einseitig für rückwärtliche Geleise zu haben wären. Der Städtetag gilt den Regierungen als Sachverständiger und als Gutachter, und seine Stimme ist deshalb nicht zu unterschätzen. Der Kampf um die Gemeindeform wird deshalb auch auf dem Städtetag sehr scharf entbrennen und die Arbeiterkassen hat alle Ursache, den Verhandlungen dort die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Der andere wichtige Beratungsgegenstand ist die Finanz- und Wirtschaftslage der Städte. Auch da werden die bürgerlichen Herrschaften versuchen, ihre Bankrottpolitik zu rechtfertigen und zu verschleiern und alle Vorschläge, die zur Milderung der Wirtschaftslage der Städte gemacht werden, werden darauf hinauslaufen, die Geldbeutel der Besitzenden zu schonen. Hier wird der Gegensatz zwischen bürgerlicher und sozialistisch-gemeinnütziger Politik erst recht scharf ausprägen. Die Gemeinden haben ungeheure Aufgaben zu erfüllen und das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft hängt mit der Kommunalpolitik auf das allerinnigste zusammen. Schon darum sind auch die Arbeiter gezwungen, noch mehr, als es bisher der Fall war, sich mit Kommunalpolitik zu beschäftigen.

Zu seiner Befreiung hat das Bürgerium die Eroberung der Gemeindeverwaltung notwendig gehabt. Und es ist dabei mit seinen Gegnern nicht immer sanft verfahren, um sie zu besitzeln. Die Arbeiterschaft braucht zu ihrer Befreiung ebenfalls die Rathhäuser und sie muß alles daransetzen, dort herrschend zu werden. Die Gemeindepolitik umfaßt heute fast alle Gebiete menschlicher Tätigkeit; sie ist schon seit Jahrzehnten nicht mehr auf die Verwaltung beschränkt und sie wird es sogar immer weniger. Die großen Wirtschaftsunternehmen, der Verkehr, die Nahrungsmittelüberwachung und der Nahrungsmittelvertrieb sind Hauptgebiete kommunalpolitischer Tätigkeit und sie vergrößern sich immer mehr. Die Beschaffung von Wohnungen wird immer dringender, die sozialpolitischen Aufgaben, die öffentliche Gesundheitspflege werden größer. Schon diese wenigen Striche zeigen, daß, wenn die Arbeiterschaft aus ihrem Elend heraus und zu geordneten Lebensmöglichkeiten kommen will, sie den entscheidenden Einfluß in der Gemeindepolitik erringen muß.

Wenige Wochen vor Kriegsausbruch hat der deutsche Städtetag das letzte Mal in Köln getagt. Damals rühmten seine Vertreter mit Recht den ungeheuren Aufschwung der deutschen Großstädte; er war in vieler Beziehung in der Tat unvergleichlich. Welche großen Pläne hatte man damals in bezug auf die Wirtschaft und Kulturunternehmen für die großen Städte! Was ist davon Wirklichkeit geworden? Dieselben Herrschaften stehen jetzt vor Trümmerhaufen, die sie mit ihrer Kriegspolitik angeht. Nun gilt es den Wiederaufbau, und da darf es nicht dazu kommen, daß es diesen Herren möglich ist, nicht nur die Arbeiter den Wiederaufbau ausführen zu lassen, sondern ihnen auch noch die Kosten dafür aufzuhallen.

Die „rassistische“ KPD.

Eine „neue“ kommunistische Partei in Deutschland notwendig.

Just zur rechten Zeit, um einen Einblick in die Erwartungen der Hauptmossowiten von dem in Moskau tagenden dritten Kongress der 3. Internationale zu gewinnen, fällt uns das Programm 1931 in die Hände über eine Sitzung des Exekutivkomitees der 3. Internationale, die in Moskau am 9. und 10. März stattfand und welcher der Reichstagsabgeordnete Kurt Geyer als Vertreter der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands beigewohnt hat.

Kurt Geyer, der sich nach seiner Rückkehr aus Moskau bekanntlich mit Lewi solidarisiert, in der Folge aber wieder den Zurückzieher gemacht hat, hatte auch in Moskau die Politik der Sowjetunion und der damaligen Zentrale der KPD zu rechtfertigen versucht. Dafür ward Geyer von Nadel in einer Weise abgefahnen, wie Szenenpolitiker seinen Zuhörern zu behandeln beliebt. Die „kommen politischen Jungens“ flogen dem deutschen Abgeordneten nur so an den Kopf, und Nadel erklärte die Führer der KPD, daß sie von politischen und organisatorischen Dingen keine Ahnung haben, einer Charakterisierung, der wir nicht widersprechen können; womit aber nicht gesagt ist, daß Nadel und die Exekutive der 3. Internationale über die politischen Dinge in Deutschland ein besseres Urteilsvermögen besitzen. Denn was Nadel über die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands sagt und das Lob, das er der „Aktivität“ dieser Partei spendet, ist angesichts der derzeitigen Verhältnisse in Deutschland der Gipfelpunkt politischen Arroganz.

Doch lassen wir Nadel selbst sprechen. Er sagte laut Protokoll:

„Geyer habe“ offiziellen Optimismus gepredigt. Es sei doch gar keine Vereinigung da, das beweise allein die Existenz der KPD, vereint sei nur die linke KPD mit dem Spartakus. Diese kombinierte KPD zeige Tendenzen, die bekämpfenswert seien.“ Die KPD sei unter der Leitung entstanden, daß „Deutschland über die Revolution sei“. Die KPD sei „besser als die Theorie ihrer gepumpten Theoretiker“, die in zwei Broschüren der KPD, die theoretische Grundlage gegeben hätten, in denen sie dreimal „Prozessanda“ schreibe, in denen sich aber kein einziger Vorschlag zur Aktion befände. Die KPD wolle „jeden Tag loszulegen, sie sei bei der Aktion immer die erste“, aber sie stelle nur die Unzulänglichkeit „einer Minderheit dar“. Nach habe die Revolution in Deutschland keine „einheitliche schlagfertige Partei“ gebildet. Die KPD sei keine solche.

Damit weist Nadel auf die Notwendigkeit der Gründung einer neuen kommunistischen Partei hin, die mit dem „Tatendrang“ der KPD, nach bolschewistischer Manier getränkt sein muß. Sehr überkommen die journalistischen Verbindungen der Thälheimer und Geyers in der roten Fahne und den anderen kommunistischen Organen weg und noch über die parlamentarischen Leistungen der Matzjahn, Lewi, Geyer usw. Nadel beurteilt sie also:

„Er habe die Presse der KPD, immer mit dem Gefühl der größten Unzufriedenheit, ja mit dem Gefühl der Schande gefüllt, es scheie ihr das ganze organisierte Geschick. Bei den Reichstagsreden der kommunistischen Parlamentarier seien die eigenen Reichstagsredner eingeschlossen und über die unzulängliche Berichterstattung hätten sich die Parlamentarier und Berichterstatter gegenseitig beschimpft. Nun sage die Fraktion selbst, daß die Arbeiterschaft Deutschlands nicht auf Reden reagierte. Die Fraktion habe nicht einmal eine politische Meinung, halte seine Sitzungen ab, sie scheie sich selbst unter die Glocke. Die Massenorganisation sei erst im allerersten Entstehen begriffen.“ Ob auf einen Mittelweg die parlamentarischen Taten Hölleins zurückzuführen sind? Ausgeschlossen ist es nicht.

Wollte mehr Interesse als diese Abkündigung der Lewi, Thälheimer, Geyer beanspruchen die Ausführungen Nadels über die Absichten der 3. Internationale gegenüber den Gewerkschaften. Daß die KPD, innerhalb der deutschen Arbeiterschaft völlig bedeutungslos ist, gibt Nadel zu und schlägt damit das in der roten Fahne und der Zentrale der KPD kolportierte Märchen, daß die KPD die Massenpartei sei, gründlich tot.

„Mit spontanen Ereignissen“, sagt Nadel, sei in Deutschland nicht zu rechnen. Was wäre die KPD, mit ihren 22 Zeitungen und ihrer halben Million gegen die neun Millionen der Gewerkschaften? Daher sei die Kernfrage: Wie unterstützen wir die Gewerkschaftsbewegungen? Das ist möglich durch Teilsaktionen, entweder mit oder ohne die Gewerkschaften.“

Aber der Kampf nach rechts sei schwer, führt Nadel fort, weil dem deutschen Arbeiter ein Stück Brot immer noch lieber sei als Gleichheit. Und was empfiehlt Nadel als Mittel zur besseren Führung des Kampfes? „Die KPD“ sei gut als Gegengewicht gegen den Opportunismus der KPD-Führer, weil sie die Aktivität der KPD steigern. Das ist aber dieselbe KPD, die durch Gründung von Arbeiter-Unionen die Spaltung der wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter bereits zur Tatsache gemacht hat.

Zu seinen weiteren Ausführungen nennt Nadel nicht nur Lewi einen heillosen Opportunisten, sondern er wirft auch die Dünnhäutigkeit und Klara Zetkin mit ihm in einen Topf. Es kam darauf an, in Deutschland eine gute Parteileitung zu bilden. Die Exekutive müße sehr wohl, was gespielt werde, aber sie habe nicht genügend Rechte, um noch energischer einzugreifen. Heute schon sehe es so aus, als ob Deutschland statt einer gesunden kommunistischen Partei ein „rassistisches Kind mit einem Wasserkopf“ bekäme.

Dieser Vergleich ist freilich zutreffend. Die KPD ist in der Tat ein rassistisches Kind, aber der Wasserkopf wird auch dann nicht beseitigt werden, wenn der Exekutive, dem jetzt in Moskau tagenden dritten Kongress der 3. Internationale, die erforderlichen Rechte eingeräumt werden, um noch energischer einzugreifen und an Stelle der Wasserköpfe Thälheimer und Siederer andre Wasserköpfe zu setzen. Im Prinzip ist es recht schwerlich, daß die deutsche Mitgliedschaft der KPD, von Nadel wie Luft behandelt wird. Nicht sie soll vielleicht die Parteileitung sich wählen, die sie verdient, sondern Nadel verlangt das Recht des Eingreifens in die deutsche kommunistische Partei für die Moskauer Exekutive. Wozu aber dann überhaupt eine Zentrale der KPD? Ihre Funktionen könnte doch ein aus Moskau direkt nach Berlin absehender Wasserkopf weit mehr zur Zufriedenheit Moskaus ausüben.

Als Vertreter der „sympathisierenden“ kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands übte Goldstein an dem „rassistischen Kind“ KPD, nicht minder scharfe Kritik als Nadel, aber seine Kritik hatte den Vorzug, auch Dinge anzusprechen, die Nadel aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht anzusprechen wagte. So namentlich in der Gewerkschaftsfrage, in der er Nadel zu einem offenen Geständnis über die Spaltungsabsichten Moskaus veranlaßte. Goldstein wies auf die national-bolschewistischen Tendenzen der KPD, welche Graf und Thomas-Münden) und auf den Bankrott der KPD, in der Gewerkschaftsfrage hin. Als er dann im Zusammenhang damit sagte, daß man bei der Gründung der roten Gewerkschaftsinternationale die Spaltung der Gewerkschaften wolle, rief ihn Nadel an: „Ja, in der Tendenz.“ Mit Recht entgegnete Goldstein: „Aber man sollte nicht den Mut, offen von der Spaltung der Gewerkschaften zu sprechen.“

Und was soll Goldstein als Vertreter der ob ihrer Aktivität von Nadel behaupteten kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands weiter tun? Mühsal sind Putsche, Putsche und nochmals Putsche.

Bei den Teilsaktionen handelte es sich darum, die Massen zur Aktion zu bringen. Man müße die Konterrevolution provozieren. Ihr das Gesetz des Handelns vorschreiben. Aber wie könne eine Partei, die sich auf den Maßstab eingestellt habe, so etwas tun. Die KPD habe in der Eisenbahnerbewegung ebenso verunglückt wie bei dem letzten kommunistischen Streik. Man müße die Drucksache zum Vorschein bringen, vielleicht durch das Mittel der Steuerverweigerung oder den Boykott Banerens, denn gehen die Banerens uns kein Brot!

Wenige Tage, nachdem Goldstein diese Weisheiten in Moskau zum Besten gegeben, gab der Moskauer Vertreter in Berlin, wie uns Lewi in seiner Broschüre „Unser Weg“ schildert, das Signal zu der Märzaktion, die in der furchtbaren Schädigung der Arbeiterbewegung, zu der Verurteilung zahlloser Arbeiter zu Gefängnis und Gehirnanis, zum Ruin tausender Arbeiterfamilien, zu Mord und Mißhandlung der Arbeiter durch Sivo und zur Stärkung der Reaktion geführt hat. So beherrschte der KPD-Gesicht heute schon Moskau und die letzte Zentrale der KPD, welche Ausschlüsse für die Arbeiter, die heute noch den Moskauer Parolen folgen, daraus sich eröffnen, braucht nach den traurigen Resultaten der Märzaktion nicht näher auseinanderzusetzen zu werden.

Schließlich sei aus dem Protokoll über die Märzaktion der Moskauer Exekutive noch erwähnt, was der „große“ Sinowjew sagte:

„Was die allgemeine Taktik der KPD, anbelangt, so sei Nadels Kritik an ihrem Parlamentarismus durchaus richtig. Sie seien darüber sehr enttäuscht gewesen, denn der Ton der Parlamentarier der KPD, sei „aus sozialdemokratischer“; er habe nach seiner Deutschlandreise eine Broschüre: „Zwölf Tage in Deutschland“ geschrieben, deren Uebersetzung und deutsche Ausgabe die deutschen Genossen verhindert hätten und zwar deswegen, weil Dikman in darin „der kommende Mosk“ genannt werde. Der „Kehrer“ der KPD, beim Berliner Westfälischer Kreis sei ebenfalls ungeheuerlich. Deswegen ihre Stellung zur Arbeitslosenfrage, wo können die Arbeitslosen als „Lumpenproletariat“ bezeichnet habe. Das sei durchaus falsch. Der offene Brief sei eine „künstliche Taktik“ gewesen und der Erfolg sei mehr ein literarisches Streichen als eine Massenbewegung.“ Wenn man die Außenpolitik der KPD, als Nationalbolschewismus huldere, so sei das nicht richtig, aber es sei „opportunistischer Parlamentarismus“. Sehr habe man einen Wendepunkt in der 3. Internationale. Man habe bereits viel zu viel Elemente in der 3. Internationale.

Daß der „Offene Brief“, von dem die Kommunisten so viel Wesens machen, in solch ungewohnter Form von Sinowjew gekennzeichnet wird, hat keine deutschen Verfasser sicher sehr geärgert, da sie aber bemerkt sind, daß wie die Schakalen abzuwehren zu lassen, ist ihnen nie bößlich ist. Zumal sie ja nicht wissen, ob sie zu denen viel zu viel in der 3. Internationale aufgenommenen Elementen gehören, von denen die 3. Internationale zu läutern, die Aufgabe des gegenwärtig tagenden Moskauer Kongresses ist.

Die Lage in Oberschlesien.

Englisch-französische Anklagen gegen den Selbstschuß.

Berlin, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, hat gestern vormittag der englische Botschafter dem französischen Botschafter in der ober-schlesischen Frage unterzählt. Beide Bevollmächtigte hatten im Auftrag ihrer Regierungen die deutsche Regierung darauf hingewiesen, daß die Lage in Oberschlesien deshalb so schwer einer Besserung entgegenzuführen sei, weil der ober-schlesische Selbstschuß nach wie vor sich weigere, die Stellungen zu räumen, deren Freimachung die interalliierte Kommission für unbedingt notwendig hält. Der französische Botschafter hat der deutschen Regierung einen neuen Räumungsvorschlag mitgeteilt, den die interalliierte Kommission ausgearbeitet hat und der anscheinend auch die deutsche Regierung davon überzeugt hat, daß auf diese Weise die Niederlegung des polnischen Aufstandes herbeigeführt werden kann. Jedenfalls scheint die Regierung sich entschlossen zu haben, auf den ober-schlesischen Selbstschuß in dem Sinne einzuwirken, daß erst einmal ernsthaft der Versuch gemacht wird, die von ihm besetzten Stellungen zu räumen, um dann die Probe aufs Exempel zu machen, ob es in der Tat der interalliierten Kommission gelingen wird, das ober-schlesische Aufstandsgebiet zu läutern. In

Ausführung dieser Auffassung hat sich gestern nachmittags ein parlamentarische Kommission nach Oberschlesien begeben. Die Kommission ist unter Führung des geheimen Legationsrats v. Matzahn. Sie ist zusammengesetzt aus den Mitgliedern der drei Regierungsparteien. Sie wird Rücksprache mit dem Zwälfersausschuß nehmen, um diesen zu bewegen, die Forderungen der interalliierten Kommission bezüglich der Räumung anzunehmen und den Selbstschuß in Stellungen zurückzuführen, die die Belagungen der interalliierten Kommission entsprechen.

Eine ober-schlesische Abordnung aus Arbeitern und Vertretern der Industrie weilt zur Zeit in Berlin, um die Frage der Austragserteilung an die ober-schlesische Industrie und die Veranlassung der Arbeit zu regeln. Die größte Gefahr für die Entleerung eines kommunistischen Putsches, die sich mit jedem Tag vergrößert, beruht in der dauernden und immer noch steigenden Arbeitslosigkeit. Mehr als die Hälfte der ober-schlesischen Arbeiterkassen ist völlig und der Rest ist nur teilweise beschäftigt. Das liegt daran, daß infolge der Zerstörung des Verkehrs die ober-schlesische Industrie keine Aufträge hat, daß sie die ausgefallenen Aufträge nicht abtransportieren kann und daß sie nicht den Bedarf der notwendigen Rohstoffe gelangen kann. Die Abordnung der ober-schlesischen Arbeiter wird am Donnerstag, nachdem sie von der deutschen Regierung die Uebermittlung von Arbeitsaufträgen erhalten hat, mit der interalliierten Kommission in Oppeln verhandeln, um von dieser zu verlangen, daß sie den Verkehr wieder herstellt und somit der Industrie die Arbeit ermöglicht.

Eine Untersuchungskommission der Allierten.

Gleiwitz, 22. Juni. (L. B.) Die interalliierte Untersuchungskommission ist hier eingetroffen, um die Angelegenheit der polnischen Aufständischen festzustellen. U. a. wurde auch das Krankenhaus besucht, in welchem die gemißhandelten Deutschen liegen.

100 Millionen für die notleidende Bevölkerung Oberschlesiens.

Berlin, 22. Juni. (L. B.) Von der preussischen Regierung ist für die notleidende Bevölkerung in den von den polnischen Truppen geräumten ober-schlesischen Gebieten 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden, die von einem Ausschuss von Vertrauensleuten an die Hilfsbedürftigen verteilt werden.

Die Polen setzen die Zwangsaushebungen fort.

Breslau, 22. Juni. (L. B.) Nach Nachrichten aus Katowitz ist die Umgegend von Naudern auch weiterhin durch polnische mit polnischen regulären Truppen besetzt. Die Polen haben dort die Jahrgänge 1888 bis 1902 gewaltsam eingezogen. Die französische Besatzung in Naudern ist untätig. In Naudern liegen 800 Mann reguläres polnisches Militär. Auch in Naudern und Umgegend finden überall Aushebungen zum Militärdienst statt. — Bei Wadowitz südlich Rosenbergriffen polnische Aufstellungen die deutsche Linie an, wurden jedoch vom deutschen Selbstschuß und der Apo zurückgeschlagen.

„Auf dem Wege zu einer friedlichen Lösung.“

Wien, 21. Juni. Auf der Durchreise von Rom nach Warschau empfing der neuernannte polnische Minister des Auswärtigen, Skumin, den Vertreter der Neuen Freien Presse, zu dem er sich über die Richtlinien der Außenpolitik Polens äußerte. In bezug auf Deutschland erklärte Skumin: Im Verhältnis zu unseren westlichen Nachbarn wünsche ich im Rahmen des Versailles Friedensvertrages und der realen Möglichkeiten und Notwendigkeiten keine Geschloßpolitik, sondern eine Interessenpolitik einzuleiten, die sich die Ueberzeugung habe, daß der Höhepunkt in der ober-schlesischen Krise überschritten ist. Da wir uns auch dort auf dem Wege einer friedlichen Lösung befinden, so dürfte das am meisten polnisch-deutschen Beziehungen trübende Moment bald aus der Welt geschafft sein und die Bahn für ein normales, gutnachbarliches Verhältnis frei werden.

Der Völkerverbund als Werkzeug der Entente.

Die Saarproteste Deutschlands abgewiesen.

Genf, 21. Juni. Nachdem der Völkerverbund verschiedene öffentliche Sitzungen abgehalten hatte, behandelte er heute in seiner Sitzung die Proteste der Deutschen Regierung betr. die Uebersetzung französischer Truppen und die Gerichtsbarkeit französischer Gerichte im Saargebiet sowie die Anweisungen und die Befehle der Frankensicherung im öffentlichen Dienste des Saargebietes. Der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes, Raoul, verteidigte ausführlich die von der französischen Regierung getroffenen Maßnahmen. Der Völkerverbundrat stimmte diesen Darlegungen zu. Präsident Raoul suchte die deutschen Proteste unter anderem durch den Hinweis zu entkräften, daß die Freizügigkeit der Kriegsverwundeten durch ein Dekret eingeschränkt werde, und daß die Ausweisungen zum Teil wieder zurückgenommen werden würden. Er kündigte unter anderem an, daß ein Dekret die Uebersetzung im Friedensvertrage über die saarländische Nationalität ausfüllen wird, wonach jede im Saargebiet geborene Person, jeder, der am 11. November 1918 rechtmäßig sich niedergelassen habe, und jeder, der drei Jahre lang im Saargebiet lebe, (Beamte oder kontraktlich verpflichtete Personen in einem Jahre) die Staatsangehörigkeit besitzt.

In einer Erklärung vor Vertretern der Presse suchte Raoul die Anwesenheit französischer Truppen damit zu rechtfertigen, daß diese keine Okkupationsstruppen mehr seien, sondern Garnisonstruppen und daß die von der deutschen Regierung geforderte britische Gendarmerie, die 4000 Mann stark sein soll, nicht möglich sei, da diese Zahl für das Budget zu kostspielig sei.

Genf, 19. Juni. Der spanische Botschafter in Paris Antonio de Leon erstattete dem Völkerverbund Bericht über die Arbeit der internationalen Verkehrs- und Transaktionskommission, die im März in Barcelona getagt hatte. Die in Barcelona abgeschlossenen Konventionen wurden in Uebereinstimmung mit dem Protokoll der Unterzeichnung und Ratifikation aufgestellt.

Wie in Bayern „entwaffnet“ wird.

Ähnliche Stellen verkünden immer wieder, daß die Entwaffnung in Bayern „besriedigender Weise“ durchgeführt wird. Befriedigend sicher, es fragt sich nur, wer befriedigt ist von der Durchführung. Nach unserer Meinung nur die Entwaffner selbst, die nämlich die Waffen behält oder, soweit sie sie abgibt, hat, wiederholt. So seien wir im Freisinger Taagsbataillon „besriedigenden Waffenablieferung“ folgenden Aufsat:

Nachdem auf verschiedene Waffenammunitionslager Uebergriffe versucht worden sind, ist mit dem Führer der Landjäger bestehende Vereinbarung getroffen worden:

Den Schutz des Depots Freising übernimmt die Landjäger-Wehrmannschaft.

Der hierzu benötigte Teil der Landjäger empfängt im Laufe des heutigen Tages die eingelagerten Waffen und Munition wieder zurück. Rückeinlieferungstermin wird wieder bestimmt gehen.

Die Einteilung des Wachdienstes, der Bereitschaften und der Führer der Landjäger.

Den Wachmannschaften stehen Aufreißer zu. Zeiten Waffenempfangs gibt der Führer der Landjäger bekannt.

Einwohnerwehr-Waffendepot Freising; Wehr-

Wie man sieht, finden die Orzech-Lente immer wieder Vorwände, um die Waffenabgabe zu hintertreiben. Man darf nur gespannt sein, was in acht Tagen, wenn der Endtermin für die Durchführung der Entwaffnung gekommen ist, als Endergebnis dieser Entwaffnungskommission bekanntgegeben werden wird.

Entlassung der Jahrestlasse 1919 in Frankreich.

Paris, 22. Juni. (TU.) Eine französische Nachrichtenstelle meldet: Im Ministerrat ist am Dienstag die Entlassung der Jahrestlasse 1919 beschlossen worden, die am 23. Juni beginnen wird. Der Kriegsminister gab im Ministerrat einen optimistischen Bericht des Oberkommandos über die Lage der Armee bekannt. Es geht daraus hervor, daß die Jahrestlasse 1921 jetzt genügend vorbereitet ist, um jeder Operation mit Ruhe und Sicherheit entgegengehen zu können. — Brian berichtete im Ministerrat über die auswärtige Lage und über seine Besprechungen mit Lord Curzon.

Deutschland erfüllt die Bedingungen.

London, 21. Juni. Im Unterhaus antwortete Chamberlain auf eine Frage, ob Deutschland in jeder Hinsicht die Bedingungen des Ultimatums, das die Alliierten ihm vor kurzem mit Bezug auf die Durchführung des Vertrages von Versailles überreicht haben, ausgeführt habe. Die Bedingungen des Ultimatums seien entweder tatsächlich erfüllt oder in der Durchführung begriffen.

Verbot der Erhöhung des Kohlenpreises für die Alliierten?

Paris, 20. Juni. (TU.) Der Temps meldet, daß die Reichsregierung für die deutsche Kohle nach einem Beschluß der alliierten Sachverständigen in Paris auch dann nicht erhöht werden dürfe, wenn Deutschland den Preis für seinen Inlandsbedarf auf das Doppelte und Dreifache erhöhen würde. Den Maßnahmen des Vertrages widerspreche es, daß Deutschland die Kohlenpreise für das Ausland nur darum erhöhe, um die Zahlungen an die Alliierten steigern zu können.

Es muß abgewartet werden, ob die Temps-Meldung sich bestätigt. So gewichtige Einwände man aus volkswirtschaftlichen Gründen gegen eine Erhöhung der Kohlenpreise zu erheben hat, so müßte doch gegen einen solchen Beschluß der alliierten Sachverständigen entschieden protestiert werden, da er den Bestimmungen des Friedensvertrages direkt widerspricht und Deutschland auf Jahre einen neuen, über die Reparationsleistungen hinausgehenden Tribut auferlegen würde.

Der Anteil der Kleinststaaten an den Reparationszahlungen.

Paris, 21. Juni. Die Zeit Parisien mitteilt, haben eine ganze Reihe kleiner Staaten Anspruch auf einen Teil der von Deutschland zu leistenden ersten Reparationszahlungen gemacht. Die Reparationskommission hat folgende Staaten mit ihren Forderungen abgelesen: Kolumbien, China, Peru und Bolivien. In Berücksichtigung gezogen sind die Forderungen folgender Staaten: Brasilien, Kuba, Griechenland, Liberia, Rumänien, Serbien, Simbabwe und Tschechoslowakei. Die Reparationskommission ist damit beschäftigt, grundsätzlich ein für alle mal die Verteilung festzusetzen. Die größte Schwierigkeit besteht jedoch ein Prozentsatz von 6 1/2 Prozent der Gesamtentschädigung, der unter die kleinen Staaten zu verteilen ist.

Keine Materialbestellungen an Deutschland.

Paris, 20. Juni. Einige Blätter haben die Nachricht verbreitet, das französische Ministerium für die besetzten Gebiete habe in Deutschland für 1,8 bis 2 Milliarden Materialien bestellt. Das Ministerium dementiert heute abend diese Meldung und erklärt, es seien weder vom Ministerium selbst noch von irgendwelchen Beamten oder Organisationen, die zu seinem Bereich gehören, irgendwelche Materialbestellungen nach Deutschland vergeben worden, vielmehr habe das Ministerium mit Rücksicht auf die Lage der französischen Industrie alle zugehörigen Dienststellen angewiesen, den geschädigten Industriellen von Materialaufkäufen für den Wiederaufbau abzuraten.

Eine Wiederaufbauanleihe der Stadt Reims.

Paris, 21. Juni. Wie das Journal Officiel mitteilt, hat die Stadt Reims die Erlaubnis erhalten, eine Anleihe im Betrage von 120 Mill. Frank. rückzahlbar in 30 Jahren, aufzusetzen.

Der Streik der englischen Bergarbeiter.

Noch keine Arbeitsaufnahme in größerem Umfange.

London, 21. Juni. Im Unterhause sagte Lloyd George in Erwiderung einer Anfrage, daß die Bergleute, die die Arbeit wieder aufnehmen würden, geschäftigt werden. Sie könnten indessen nichts von dem seinerzeit durch die Regierung angebotenen Zuschuß erhalten, da sie nicht in der vorgeschriebenen Frist die angebotenen Bedingungen angenommen hätten. Bisher ist aus den Bergwerksgebieten nur wenig bekannt, doch scheint es, daß noch nicht daran gedacht werden kann, daß viele Arbeiter nach den Bergwerken zurückkehren. Der Star ist jedoch optimistisch und sagt, daß noch in dieser Woche 500 000 Arbeiter an die Arbeit gehen würden.

London, 22. Juni. (TU.) In Wales sind keine Anzeichen für eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit in den Gruben vorhanden. Seitenfellen der Streikenden verhindern die Arbeitswilligen, zur Arbeit zu gehen. Viele Frauen sind dabei beteiligt. In vielen Fällen ist die Polizei zu Hilfe gerufen worden; zu ernstern Zusammenstößen ist es bisher aber nicht gekommen. Hodgess erklärte in einer Rede auf einer Arbeiterversammlung in Brighton, daß die Führer eine große Verantwortung trügen. Ein großer Teil der Bevölkerung werde es bis zum Neujahr kommen lassen. Vielleicht würde man sich unüberwindlichen Kräften beugen müssen.

Der Sielow-Lager-Skandal.

Endlich hat sich die Preussische Regierung herbeigelassen, unter dem Druck des Landtages eine einwandfreie Untersuchung der Zustände im Lager Sielow herbeizuführen. Eine parlamentarische Kommission, zusammengesetzt aus allen Parteien, hat dort ermittelt und festgestellt, daß, wenn die erhobenen Klagen auch in einigen Punkten übertrieben waren, doch in der Hauptsache die Vorwürfe gerechtfertigt sind. Im Lager selbst hat ein nach seiner Richtung in legitimierter Beamter mit dem Kommandanten unter Leitung der Vernehmungen vorgenommen, eine Angelegenheit die noch der näheren Aufklärung bedarf. Es muß weiter ausgegeben werden, daß ein großer Teil der Inhaftierten völlig unbeschuldigt und zwar durch Privatpersonen oder auf private Denunziation hin verhaftet worden ist. Auf dem Transport sind schwere Mißhandlungen durch die Bevölkerung vorgenommen aber auch schwere Mißhandlungen durch die begleitenden Beamten gegenüber den abtransportierten Gefangenen. Warum der sozialdemokratische Landrat Stein, der auf dem Transport verstorben ist, verhaftet worden ist, ist noch immer nicht festgestellt. Wir erwarten, daß die Untersuchung schleunigst weitergeführt wird, und volle Genugtuung für die anerkannten Schäden geleistet wird. Nur wenn wir selbst dafür sorgen, daß bei uns nicht derartige Mißstände ungestraft einziehen, haben wir ein Recht, gegen die Skandalisten zu protestieren, die in der Tat die

auktoriären Polen im besetzten ober-schlesischen Gebiet benehmen. Wenn auch vieles in den Berichten auf subjektiver und nationaler Uebertreibung beruht, so steht doch fest, daß die Polen sich Grausamkeiten haben ausdenken lassen, die jeder Humanität Hohn sprechen. Das Lager Sielow wird in den nächsten Tagen geräumt werden, da durch das rote Kreuz ein Gefangenenaustausch organisiert wird, und die Inhaftierten wieder nach Oberschlesien abtransportiert werden.

Steuerdrückeberger in der Lederindustrie.

Der Verband deutscher Lederindustrieller setzt alle Hebel in Bewegung, das Reich um die Abgabe der Konjunkturgewinne, die sich aus der Aushebung der Lederbewirtschaftung für die Lederpreistreiber ergaben, zu pressen. Neuerdings hat er wieder in einer Interpellation an den Reichstag betont, die Abgabe bedeute eine gewisse Beteiligung des Reichs an Gewinnen, die inwischen Verlusten Platz gemacht hätten. Ein Abbild auf die Lederpreise seit Aushebung der Höchstpreise zeigt, daß eine Preissteigerung des Leders um das fünf- bis fünfzehnfache stattgefunden hat. Welche gewaltige Konjunkturgewinne sind dadurch den Lederprekulantinnen zugeflossen! In allem hat die Reichsregierung in vielen Fällen in geradezu leichtfertiger Weise die Konjunktur-gewinnabgaben erlassen. Statt 115 Mill. Mark wurden tatsächlich nur 55 Mill. Mark aus der Gewinnabgabe vereinnahmt. 60 Millionen sind einfach erlassen worden.

Die Regierung läßt zu diesen leichtfertigen Unterlassungen der Steuerdrückeberger erklären, sie habe von den wirtschaftlichen Zuständen keine Ahnung gehabt. Wertwörterweise sind gerade die größten Firmen von der Abgabe befreit worden. Den Lederindustriellen ist aber offenbar der Appetit beim Essen erst gekommen. Ihr Breiterfolg hat sie noch habgieriger gemacht. Deshalb versuchen sie, weiter zu pressen.

Soziale Fürsorge im Reichstagsauschuß

Der soziale Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit einem Gesetzentwurf über Beihilfen für die Empfänger einer Rente aus der Angehörigenversicherung. Die Regierung schlug vor, daß 50 Mill. für den Invaliden, 40 Mill. für die Witwe und 20 Mill. für jede Witwe monatlich an Beihilfe gegeben werden sollen. Der Ausschuß erhöhte die Beihilfe auf 70 resp. 55 und 30 Mill. Der Entwurf sah vor, daß die Beihilfe nur auf Antrag gewährt werden soll. Diese Bestimmung wurde gestrichen. Eine sehr wichtige Frage wurde von unsern Genossen angeschnitten. Es wurde beantragt, die Grenze der Versicherungsspflicht von 15 000 Mill. auf 40 000 Mill. zu erhöhen. Gegen den Antrag wandte sich der Regierungsvorsteher sowohl wie alle bürgerlichen Parteien. Diese Frage soll in einer bereits vorliegenden Novelle zum Angehörigenversicherungsgesetz geregelt werden. Es ist dort eine Erhöhung der Versicherungsrente auf 28 000 Mill. vorgesehen. Die bürgerlichen Parteien wollen auch diese Novelle noch vor den Sommerferien verabschieden. Nach der Geschäftslage des Reichstages ist das aber um so mehr unmöglich, als die Novelle völlig unzulänglich ist. Einer ganz gewaltigen Beitragserhöhung steht eine Leistungsänderung gegenüber, die den heutigen Geldverhältnissen nicht entspricht. Nichts wird aber über die dringend notwendigen Reformen in der vorliegenden Novelle gesagt. Trotzdem die bürgerlichen Parteien einsehen, daß die Novelle nicht mehr verabschiedet werden kann, stimmten sie unsern Antrag nieder.

Die Diplomatenschule.

Das Auswärtige Amt hat eine neue Unternehmung aufzuweisen, eine Diplomatenschule. Es finden sich diese Einrichtung von dem inzwischen verabschiedeten Herrn Schüler, dem Personalreferenten, dem man es auch zu verdanken hat, daß noch immer die alten 1. aktionären Archive die ausschlaggebenden im Auswärtigen Amt sind. Der Ausbau der neuen Schule, der jetzt nach der politischen Seite hin beschränkt, zeigt, in welcher Weise man die jungen Diplomaten auf ihr Amt vorbereiten gedenkt. Man verzichtet dabei völlig auf die Mitarbeit wichtiger führender Politiker und organisiert einen „Klub der Harmlosen“ im Auswärtigen Amt. Das Lehrpersonal ist so ausgewählt, daß es die angehenden Diplomaten fortwährend nach den Traditionen des alten Realismus in die Geheimnisse der Hintertreppenspolitik einweiht. Nicht etwa offene politische Ausbildung und Ausprache sind die Methode einer solchen Schule, sondern Geheimnislaubberei, Wichtigkeits- und unzuverlässige Borniertheit. Nur ja keine Offenheit, nur ja möglichst viel Geheimnisse und Hintertreppenspolitik, das scheint die Hauptsache dieser Diplomatenschule zu sein.

Freie Bahn für den Brotwucher.

Wie aus Berlin berichtet wird, hat der Reichstag am Dienstag eine Sitzung abgehalten. Gegen die Beschlüsse des Reichstages zu dem Gesetz über die Getreidewirtschaft leiteten die Vertreter von Bayern, Braunschweig und Sachsen Einspruch ein. In der Abstimmung wurden die Einsprüche mit 46 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Das Gesetz kann also demnächst in Kraft treten. Und der verstärkte Brotwucher kann beginnen.

Gegen die Kriegsgesellschaften.

Um die Auflösung der vielen Kriegsgesellschaften, die ein recht jähes Leben haben und immer noch ein recht beschauliches Dasein fristen, zu beschleunigen, legt die Regierung dem Reichstag einen Gesetzentwurf vor, durch den das Reich ermächtigt wird, Kriegsgesellschaften für aufgelöst zu erklären. Eine Schwierigkeit aber steht nach der Begründung des Entwurfs die Regierung in der Steuererhebung und Veranlagung, da diese bei der Eigenart der Kriegsgesellschaften sehr umfangreiche Arbeiten erfordern machten. Würde die Veranlagung weiterbestehen, würden diese Gesellschaften, statt abzubauen, vielleicht noch neues Personal einstellen müssen. Aberdies könne die Veranlagung schon deshalb unterbleiben, weil die etwaigen Ueberschüsse der Kriegsgesellschaften doch dem Reich zufließen.

Deutschland.

Mildes Urteil über Landfriedensbrecher.

Die Strafkammer in Bremen verurteilte drei Angehörige der Reichswehr wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und einfachen Landfriedensbruchs, benannt während des am 8. März 1920 erfolgten Zwischenfalles mit französischen Offizieren, die der Entente-Kommission angehörten. Ein Angeklagter wurde zu zwei Monaten und ein Laa Gefängnis verurteilt. — Mit diesem Urteil vergleiche man die Scherensurteile der Ausnahmegerichte über die kommunistischen Arbeiter, die wegen Landfriedensbruchs angeklagt waren.

Besprechungen über die deutsch-schweizerischen Handelsbeziehungen.

Nach einer Meldung aus Zürich ist der Beginn der Besprechungen über die Bedingungen der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz auf den nächsten Dienstag festgesetzt worden. An der Spitze der deutschen Delegation steht Ministerialdirektor von Simion. Der Abordnung gehören u. a. auch Vertreter Preussens, Bayerns, Sachsens, Badens und Württembergs an.

Heimkehrer aus Eiskerkern.

Aus Berlin wird berichtet: Der Dampfer Waberi, der als erster Dampfer zur Abholung der in Cistautanen (Terek, Donau- und Kuban-Gebiet) befindlichen Gefangenen nach Noworossk gefahren war, ist am 13. Juni mit 1469 Heimkehrenden aller Natio-

nalitäten, darunter 183 Reichsdeutschen, in Triest eingetroffen. Die reichsdeutschen Heimkehrenden werden dem Lager Weichsel in Danern zwecks Entlastung in die Heimat zugewiesen. Die Zusammenführung der Heimkehrenden in Noworossk wird nur langsam von statten gehen, da die Lebensmittelfrage und die Unter- kunftsfrage in Noworossk gewissen Schwierigkeiten begegnet.

Kleine Auslandsnachrichten.

Abbau der Sowjet-Bureaucratie.

O. E. Der Oberste Volkswirtschaftsrat ist durch die letzten Verfügungen der Sowjetregierung tatsächlich aufgelöst und wird zu einem Volkswirtschaftsamt für Industrie umgestaltet. Die schon vor geraumer Zeit geplante Reform wurde in der Weise vorbereitet und erleichtert, daß von dem letzten Allrussischen Volkswirtschaftskongress nicht mehr führende Kommunisten, sondern weniger maßgebende Parteigenossen in das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrates gewählt wurden. Der allgemeine Wirtschaftsplankommission soll künftig von dem Arbeits- und Beschäftigungsamt unter Leitung Rykows, des bisherigen Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates, ausgeübt werden. Der nunmehr in seiner Machtvollkommenheit erweiterte Arbeits- u. Beschäftigungsamt bezweckt auch die Vereinfachung der Tätigkeit der verschiedenen wirtschaftlichen Volkswirtschaftsämter. Viele Kommissionen des Obersten Volkswirtschaftsrates werden aufgelöst und die Zahl der verschiedenen wirtschaftlichen Zentralkomitees beschränkt. Die lokalen Volkswirtschaftsräte sollen ihr Personal verringern und die dadurch freiwerdenden Arbeitskräfte dem Wiederaufbau der Industrie zuführen. Der Arbeits- und Beschäftigungsamt soll hierdurch zu einem anpassungsfähigeren Wirtschaftsorgan ausgebaut werden, das den Anforderungen des neuen politischen Kurzes Rechnung zu tragen imstande ist. Für die Uebergangszeit soll bis auf weiteres die Bezeichnung „Oberster Volkswirtschaftsrat“ beibehalten werden.

Berschärfung der russisch-lettischen Beziehungen. Kommunistenerklärungen in Lettland.

Wie der Rigaer Korrespondent der Dena meldet, verschärfte die Erziehung von neun lettischen Kommunisten das Verhältnis Lettlands zu Sowjetrußland ganz außerordentlich, das schon seit Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen als recht gespannt bezeichnet werden mußte. Der diplomatische Vertreter der Sowjets in Riga, Hanck, richtete aus diesem Anlaß an den Außenminister Lettlands eine geharnischte Note, die Heresien und den völligen Abbruch der Beziehungen androht. Der russische Schritt wird mit jenem Artikel des russisch-lettischen Friedensvertrages begründet, der die Option lettischer Bürger für Rußland in bestimmtem Zeitraum gestattet. Von den erschossenen lettischen Kommunisten war die Aufnahme in den russischen Staatsverband bereits beantragt gewesen, so daß Rußland in der Vollstreckung des Urteils einen feindlichen Akt gegen die eigenen Staatsbürger erblickt.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Kärnten.

Klagenfurt, 20. Juni. Die Wahlen zum Nationalrat und zum Landtag sind ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war nach den bisher vorliegenden örtlichen Ergebnissen gering. Die Sozialdemokraten haben die überwiegende Mehrheit errlangt, besonders im bisherigen Wahlkreisgebiet.

Das österreichische Beamtenhabineil.

Wien, 21. Juni. Die Nationalversammlung hat mit 98 christlich-sozialen und 62 sozialdemokratischen Stimmen die neue Regierung gewählt. Die Ministerliste sieht wie folgt zusammen: Schöberl, Kanzler und Außenminister, Preisler, Staatskanzler und Unterrichts-, Wabner (Großdeutscher) Innerer, Waingöin (Christlich-sozial) Meer, Grimm, Finanzminister, Grünberger, Ernährungs-, Valtauf, Justiz-, Ministerialrat Henner, Ackerbau-, Sektionschef, Roder, Verkehr-, Sektionschef, Angerer, Handel-, Sektionschef, Vaur, Soziale Verwaltung. Das neue Kabinett besteht somit aus Beamten und Fachleuten und in einem Vertreter der Christlich-sozialen und der Großdeutschen.

Ein Ministerium der Linken in Norwegen.

Oslo, Christiania, 21. Juni. Nach dem Scheitern der Bemühungen Gunnar Knudens, ein neues Ministerium zu bilden, hat die Mehrheit sich dazu bereit erklärt, das Kabinett ist wie folgt zusammengesetzt: Mehr Finanzen, Kaestad, Mehrere Angelegenheiten, Aasmark, Verwaltung, Olam, Kalm, ohne Parteifarben, Tveite, Landbau, Romundel, Handel, Orsted, Soziale Angelegenheiten, Amundsen, Justiz, Melde, Arbeit. Es ist ein Ministerium der Linken.

Erleichterung des Handels in Rußland. Zur Förderung des Warenaustausches hat das Gouvernement-Exekutiv-Komitee von Nishne-Nowgorod eine Verfügung erlassen, nach der Warenmärkte wieder eingeführt werden.

Für Moskau. Auf dem Kongreß der Gewerkschaft der Arbeiter der Post-, Telephon- und Telefonverwaltungen haben die Kommunisten mit einer kleinen Mehrheit gesiegt. Es wurde mit 63 gegen 57 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen der Anschluß an die Internationale von Moskau beschlossen.

Ein neues Attentat in Barcelona. In Barcelona ist ein neues terroristisches Attentat verübt worden, dem drei Sozialisten, nämlich der Sekretär, Kassenwart und Schammeister des nationalen Arbeitbundes zum Opfer gefallen sind. Die Täter sind entkommen.

Brasilien verzichtet auf Import von Konterrevolutionären. Der Präsident der Republik Brasilien hat von seinem Veto-recht Gebrauch gemacht und den Entschluß des Senats Sao Paulo, russische Weisparaden bei sich aufzunehmen, umgehoben. 4000 Emigranten, die sich schon auf der Reise dorthin befanden, wurden vorläufig in den Kerkern von Naccio (Korrika) untergebracht.

Freigabe des Getreidehandels in Ungarn. Der Handel mit Getreide und Mehl wurde für ganz Ungarn freigegeben. Infolgedessen wird das Ernährungsministerium mit Ende dieses Monats aufgelöst. Das Getreide, für welches in der vorigen Woche noch 1200 bis 1400 Kronen gezahlt wurde, soll auf 600 Kronen pro Meterzentner heruntergegangen sein.

Von Nah und Fern.

Verhaftung einer Falschmünzergesellschaft.

Magdeburg, 22. Juni. (TU.) Der Photograph Dunkel, der Schneidermeister Bollmann, der Dreher Trippler, der Handelsmann Gollner und der Buchbinder Rabuste hatten sich zusammengefunden, um falsche Fünfzigmarktscheine herzustellen. Alle Beteiligten wurden verhaftet, Presse, Platten und eine Anzahl fertiger Scheine wurden beschlagnahmt.

Schneefall im Riesengebirge.

Sirchberg, 21. Juni. Im Riesengebirge ist in der vergangenen Nacht bei 2 Grad Kälte starker Schneefall eingetreten. Das Gebirge ist bis auf 900 Meter herab vollständig verschneit.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Frenzel in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Friedrich Pflüger, Vorort Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Ich bin befreit v. allen Hautunreinlichkeiten u. Hautausschlägen, wie Blüthen, Mitesser, Finnen, Pickel usw. d. tägl. Gebrauch der echten **Studen-Fard-Ferdinand-Feife** v. Bergmann & Co., Radebeul.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Neues Theater.
 Mittwoch, den 22. Juni 1921
 180. Vinedis-Borstellung (A. Golze, Braun)
Fidelio.
 Oper in 2 Akten
 Richtung von Sonnleitner und Zettlitz, Musik von L. von Beethoven.
 Musikal. Leitung: Hfr. Gaebler. In Szene gesetzt von Karl Schaller.
 Personen: Don Fernando, Woldemar (Hof. Fiedlermann); Don Pizarro,
 Gouverneur eines spanischen Landes (Hof. Sommer); Flo-
 restan, ein Gefangener (Hof. Gaertner); Leonore, seine Gemahlin,
 unter dem Namen Fidelio (Günth. Sirena); Herr Rocco, Keller-
 meister (Hof. Sommer); Marceline, seine Tochter (Hof. Schulz-
 Bornburg); Donino, Wächter (Hof. Gaertner); Erster, zweiter
 Gefangener (Hof. Gold, Emil Derbentz).
 Staatsgefängnis, Kellerei, Wachen, Bürger und Wärdnerinnen.
 Die Handlung geht in einem spanischen Gefängnis, einige Stellen
 von Sevilla vor.
 Einfache Preise. Einlaß 6/8, 10/12, 15/20, 20/30, 30/40, 40/50, 50/60, 60/70, 70/80, 80/90, 90/100.
 Sonntag, den 24. Juni: 180. Vinedis-Borstellung (A. Golze, Braun).
 Solome. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.
 Schauspielereien bis einschließlich 21. Juni.
Neues Operetten-Theater.
 Operettenferien bis einschließlich 21. Juni.

Baltenberg
 Varieté. Tel. 1370. Theater.
 Anfang 7/8 Uhr. Anfang 8 Uhr
 Das hervorragende Die beiden Rochus Winkler
 Juni-Variété-Programm Komödie nach d. gleich-
 u. n. namigen Roman in 4 Auf-
A. u. H. Bradna zügen v. Heinrich Hilmar
 in ihrem verwegenen Morgen:
 Balance-Akt Die beiden Rochus Winkler.
 Vorverkauf: Tageskasse 10-2 und Zigarren-
 Geschäft R. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

Krystall-Palast
 Theater. Fernspr. 207/107.
 Täglich abends 7/8 Uhr
 Gastspiel
Curt Olfers Operetten-Gesellschaft
 „Der verjüngte Adolar“

Ob schön! Sommer-Variété Ob Regen!
Felsenkeller
 Allabendlich 8 Uhr
 Der glänzende Spielplan.
 Volkstümliche Eintrittspreise.
 Eintritt 2.40 Mk. Reserv. Plätze 4.80 Mk.
 einschl. Steuer. Einlaß 7 Uhr.
 Bei ungünstiger Witterung Vorstellung
 im großen Saal.

RETKA
 GOLD UND KORK
 Die feinsten
30%
 Ligurien
 MITTELDEUTSCHE
 CIGARETTEN- u. TABAK-
 FABRIK MALLE
 Vertreter: Franz Meißner, L.-Schleußig
 Könnertitzstraße 51 — Telefon 40966.

Billige Fleisch- und Wurstwaren!
 Geräucherter Speck und Schwarzfleisch . . . 9, 10, 11 Mfr.
 In Salz (kein Ausland) . . . 8 Mfr.
 Blut- und Leberwurst . . . 9 Mfr.
 Knack- und Jagdwurst . . . 14 Mfr.
 Metts- und Polnische Wurst . . . 16 Mfr.
 Brechkopf und Wurst . . . 11 Mfr.
 ff. Klopsbraten . . . 10 Mfr.
 ff. selbstausgebratenes Schweinefleisch . . . 10 Mfr.
 ff. selbstausgebratenes Schweinefleisch . . . 10 Mfr.
Markthalle, Galerie linke Seite von Stand 65.

ff. Leder-Ausschnitt
 empfiehlt
Lederhandlung Heinrich Berthold
 Leipzig, Nikolaistraße 20-26.

Volkshaus
 Kaffee Küche
 Kuchen Keller
 Morgen Donnerstag
 von abends 7 Uhr an
Großes Volks-Ballfest

Trojanhs Schützenhaus Eisenbahnstrasse 129
 Fernsprecher 60138
 Inhaber: Paul Knöbel
 Heute Mittwoch abends 7 Uhr an **Der beliebte Schützenhaus-Ball**
 Neues Ballochester — Direktion W. Radecke.
 Jeden Montag, von abends 7/8 Uhr an Grosses Gartenkonzert.

Gansfouci Morgen 7 Uhr: **Ball.**

Fort mit den alten Topfdeckeln
 Ich benutze nur noch

Caldor
 Heißes Wasser umsonst im
 Deckelwasserschiff
CALDOR,
 durch Aufsetzen auf
 jeden beliebigen Topf

THUGINA
 THÜRINGER GASGESELLSCHAFT · INSTALLATIONS-ABTEILUNG
 LEIPZIG
 Ditttrichring 15
 Fernspr. 3463/4000/7003/4
 Eisenbahnstr. 13/4

WIDU
 TERPENTINOEL-CREME
WILHELM SCHÖN
 CHEMISCHE FABRIK
 WERDAU · SACHSEN

Hausfrauen!
 Jurgens & Prinzens Margarine - Fabrikate
 obenan in der Welt deshalb fordert einzig und allein deren Spezial-Marken
Solo-
 Margarine
 als besten Ersatz für
Butter
 und Pflanzen-Butter-Margarine
Cocosa
 In allen Molkerei-, Butter-, überhaupt Nahrungsmittel-Geschäften
 und den Verkaufsstellen des Konsumvereins zu haben.
 Fabrik-Lager: **Eduard Brade, Leipzig.** — Kontor: **Montbè-**
strasse 4. — Lager **Brandenburger Str. 4.** — Fernspr. 2265.

Leipziger Schauspielhaus.
 Mittwoch, den 22. Juni 1921
 Schauspiel Anton Grand.
Willy Frau.
 Ein Schwan in 3 Akten von Max Schumann und Otto Scherb.
 In Szene gesetzt von Anton Grand.
 Personen: Konrad v. Bergerhausen, Rittergutsherr (Otto Werber);
 Gertrude, seine Tochter (Hof. Albro); Willy, sein Sohn (Walter
 Neufeld); Maria, dessen Frau (Hof. Zornpeltus); Baron Re-
 pomat von Plalewitz (* * *); August Schimmelmann, Gut-
 behalter (Hof. Braunstein); Dr. Erik Wahrenholz, Rechtsanwalt
 (Karl Keller); Die alte Kathrine, Köchin bei Bergerhausen
 (H. Winterberg); Franz, Diener bei Bergerhausen (Werner
 Schöb); Annette, Briefträgerin (Karl Walden).
 * * * Anton Grand a. M.
 Ort der Handlung: Elberfeld; Zeit: 18. Jhd. und heitere Zeit
 Gut Bergerhausen in der Mark. — Zeit: Gegenwart.
 Einlaß 7/8, 10/12, 15/20, 20/30, 30/40, 40/50, 50/60, 60/70, 70/80, 80/90, 90/100.
 Donnerstag, den 23. Juni, und folgende Tage: Schauspiel Anton
 Grand: **Willy Frau.** Anfang 8 Uhr.
 Bestehe Eintrittskarten müssen 10 Minuten vor Beginn der Vor-
 stellung abgeholt sein, andernfalls wird Karäcer verhängt.
 Der nächste Spielabschnitt fällt vom 6. Juni bis 20. Juni 1921,
 was an diesem Tage muß die nächste Karte der Hauptkasse an
 der Tageskasse eingelöst sein.

Kleines Theater.
 Dienstag, den 21. Juni, abends 7/8 Uhr
Die Scheidungsreise.
 Lustspiel in 3 Akten von Leo Walter Stein.
 Musik von Hugo Dirich.
 Regie: Edo Staezel.
 Musikalische Leitung: Kapellmeister Hans Richter.
 Personelle: Aufhänger: 1. Sa. das gleiche, 2. Sa. das gleiche, 3. Sa. das gleiche, 4. Sa. das gleiche, 5. Sa. das gleiche, 6. Sa. das gleiche, 7. Sa. das gleiche, 8. Sa. das gleiche, 9. Sa. das gleiche, 10. Sa. das gleiche, 11. Sa. das gleiche, 12. Sa. das gleiche, 13. Sa. das gleiche, 14. Sa. das gleiche, 15. Sa. das gleiche, 16. Sa. das gleiche, 17. Sa. das gleiche, 18. Sa. das gleiche, 19. Sa. das gleiche, 20. Sa. das gleiche, 21. Sa. das gleiche, 22. Sa. das gleiche, 23. Sa. das gleiche, 24. Sa. das gleiche, 25. Sa. das gleiche, 26. Sa. das gleiche, 27. Sa. das gleiche, 28. Sa. das gleiche, 29. Sa. das gleiche, 30. Sa. das gleiche, 31. Sa. das gleiche, 32. Sa. das gleiche, 33. Sa. das gleiche, 34. Sa. das gleiche, 35. Sa. das gleiche, 36. Sa. das gleiche, 37. Sa. das gleiche, 38. Sa. das gleiche, 39. Sa. das gleiche, 40. Sa. das gleiche, 41. Sa. das gleiche, 42. Sa. das gleiche, 43. Sa. das gleiche, 44. Sa. das gleiche, 45. Sa. das gleiche, 46. Sa. das gleiche, 47. Sa. das gleiche, 48. Sa. das gleiche, 49. Sa. das gleiche, 50. Sa. das gleiche, 51. Sa. das gleiche, 52. Sa. das gleiche, 53. Sa. das gleiche, 54. Sa. das gleiche, 55. Sa. das gleiche, 56. Sa. das gleiche, 57. Sa. das gleiche, 58. Sa. das gleiche, 59. Sa. das gleiche, 60. Sa. das gleiche, 61. Sa. das gleiche, 62. Sa. das gleiche, 63. Sa. das gleiche, 64. Sa. das gleiche, 65. Sa. das gleiche, 66. Sa. das gleiche, 67. Sa. das gleiche, 68. Sa. das gleiche, 69. Sa. das gleiche, 70. Sa. das gleiche, 71. Sa. das gleiche, 72. Sa. das gleiche, 73. Sa. das gleiche, 74. Sa. das gleiche, 75. Sa. das gleiche, 76. Sa. das gleiche, 77. Sa. das gleiche, 78. Sa. das gleiche, 79. Sa. das gleiche, 80. Sa. das gleiche, 81. Sa. das gleiche, 82. Sa. das gleiche, 83. Sa. das gleiche, 84. Sa. das gleiche, 85. Sa. das gleiche, 86. Sa. das gleiche, 87. Sa. das gleiche, 88. Sa. das gleiche, 89. Sa. das gleiche, 90. Sa. das gleiche, 91. Sa. das gleiche, 92. Sa. das gleiche, 93. Sa. das gleiche, 94. Sa. das gleiche, 95. Sa. das gleiche, 96. Sa. das gleiche, 97. Sa. das gleiche, 98. Sa. das gleiche, 99. Sa. das gleiche, 100. Sa. das gleiche.
 Einlaß 7/8, 10/12, 15/20, 20/30, 30/40, 40/50, 50/60, 60/70, 70/80, 80/90, 90/100.
 Mittwoch, den 22. Juni 1921, abends 7/8 Uhr
Die Scheidungsreise.
 Lustspiel in 3 Akten von Leo Walter Stein.
 Musik von Hugo Dirich.
 Regie: Edo Staezel.
 Musikalische Leitung: Kapellmeister Hans Richter.
 Personelle: Aufhänger: 1. Sa. das gleiche, 2. Sa. das gleiche, 3. Sa. das gleiche, 4. Sa. das gleiche, 5. Sa. das gleiche, 6. Sa. das gleiche, 7. Sa. das gleiche, 8. Sa. das gleiche, 9. Sa. das gleiche, 10. Sa. das gleiche, 11. Sa. das gleiche, 12. Sa. das gleiche, 13. Sa. das gleiche, 14. Sa. das gleiche, 15. Sa. das gleiche, 16. Sa. das gleiche, 17. Sa. das gleiche, 18. Sa. das gleiche, 19. Sa. das gleiche, 20. Sa. das gleiche, 21. Sa. das gleiche, 22. Sa. das gleiche, 23. Sa. das gleiche, 24. Sa. das gleiche, 25. Sa. das gleiche, 26. Sa. das gleiche, 27. Sa. das gleiche, 28. Sa. das gleiche, 29. Sa. das gleiche, 30. Sa. das gleiche, 31. Sa. das gleiche, 32. Sa. das gleiche, 33. Sa. das gleiche, 34. Sa. das gleiche, 35. Sa. das gleiche, 36. Sa. das gleiche, 37. Sa. das gleiche, 38. Sa. das gleiche, 39. Sa. das gleiche, 40. Sa. das gleiche, 41. Sa. das gleiche, 42. Sa. das gleiche, 43. Sa. das gleiche, 44. Sa. das gleiche, 45. Sa. das gleiche, 46. Sa. das gleiche, 47. Sa. das gleiche, 48. Sa. das gleiche, 49. Sa. das gleiche, 50. Sa. das gleiche, 51. Sa. das gleiche, 52. Sa. das gleiche, 53. Sa. das gleiche, 54. Sa. das gleiche, 55. Sa. das gleiche, 56. Sa. das gleiche, 57. Sa. das gleiche, 58. Sa. das gleiche, 59. Sa. das gleiche, 60. Sa. das gleiche, 61. Sa. das gleiche, 62. Sa. das gleiche, 63. Sa. das gleiche, 64. Sa. das gleiche, 65. Sa. das gleiche, 66. Sa. das gleiche, 67. Sa. das gleiche, 68. Sa. das gleiche, 69. Sa. das gleiche, 70. Sa. das gleiche, 71. Sa. das gleiche, 72. Sa. das gleiche, 73. Sa. das gleiche, 74. Sa. das gleiche, 75. Sa. das gleiche, 76. Sa. das gleiche, 77. Sa. das gleiche, 78. Sa. das gleiche, 79. Sa. das gleiche, 80. Sa. das gleiche, 81. Sa. das gleiche, 82. Sa. das gleiche, 83. Sa. das gleiche, 84. Sa. das gleiche, 85. Sa. das gleiche, 86. Sa. das gleiche, 87. Sa. das gleiche, 88. Sa. das gleiche, 89. Sa. das gleiche, 90. Sa. das gleiche, 91. Sa. das gleiche, 92. Sa. das gleiche, 93. Sa. das gleiche, 94. Sa. das gleiche, 95. Sa. das gleiche, 96. Sa. das gleiche, 97. Sa. das gleiche, 98. Sa. das gleiche, 99. Sa. das gleiche, 100. Sa. das gleiche.
 Einlaß 7/8, 10/12, 15/20, 20/30, 30/40, 40/50, 50/60, 60/70, 70/80, 80/90, 90/100.
 Donnerstag, den 23. Juni, und folgende Tage: Schauspiel Anton
 Grand: **Willy Frau.** Anfang 8 Uhr.
 Bestehe Eintrittskarten müssen 10 Minuten vor Beginn der Vor-
 stellung abgeholt sein, andernfalls wird Karäcer verhängt.
 Der nächste Spielabschnitt fällt vom 6. Juni bis 20. Juni 1921,
 was an diesem Tage muß die nächste Karte der Hauptkasse an
 der Tageskasse eingelöst sein.

Drei Linden
 Täglich abends 7/8 Uhr
Der grosse Erfolg!
 Der von der gesamten Presse als
glänzendsten Varieté-Spielplan
 der Saison beurteilt.
10 Weltattraktionen
 u. a.: **Fred Kornau**
 Der beste Kunst-
 pfeifer der
 Welt.
 Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 43543), Th. Alt-
 hoff, Petersstr., Konsum-Verein, Karl-Heino-Str.

Apollo-Theater
 Täglich abends 7/8 Uhr:
Die grossen Entscheldungs-
Ringkämpfe
 um die
Europa-Meisterschaft
 Heute ringen:
Görner gegen Rosch
 2 grosse Entscheldungskämpfe
Seifert gegen v. d. Born
Saft gegen Madrali
 Ausserdem: **Der grosse Varieté-Spielplan.**
 5 erstklassige Attraktionen.
 Vorverkauf: Tageskasse, Bayerische Str. 8-10.
 Tel. 1111, Warenhaus Th. Alt-
 hoff, Petersstrasse, Sammelkasse.

Ab 1. Juli:
 Die neueste
„Frauenbewegung“
 siehe in der Zeitschrift
„Die Woche“
 Heft 24 auf Seite 539
 im
APOLLO-THEATER
 Stadt Nürnberg

Felsenkeller
 Morgen Donnerstag von 7 Uhr an
Der stimmungsvolle
= Hochbetrieb =
 Ballmusik:
Leipzigs bestes Tanzorchester!
 Stimmung! :: Betrieb! :: Aufmachung!

Farben Lacke
Malerutensilien
 empfehlen zu niedrigen Preisen
 in großer Auswahl
Theodor Reiche & Co., Leipzig
 Packhofstraße 11/13 (Gowerkchaftshaus).

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. Juni.

Parteiangelegenheiten.

Mit-Beizig, Funktionärshilfe. Donnerstag, abends pünktlich 8 Uhr: Kurius Brauntal, Volkshaus, Café, links.
Mit-Beizig, Bezirk Weiten I. Freitag, den 24. Juni, abends 8 Uhr: Funktionärshilfe bei Donath. Die alten Funktionärskarten sind mitzubringen.
Ortsverein Plagwitz-Bismarck-Schleußia (Ortsar. Schleußia) für die Kinder unserer Mitglieder in Schleußia finden von jetzt ab jeden Donnerstag Spiele auf dem Turndipla hinter dem Schleußiaer Park statt. Gemeinamer Abmarsch 1/4 Uhr von Ede Schnorr- und Körnerstraße. Der Vorstand.
Abgänger-Fredel. Heute Mittwoch, den 22. Juni, abends 8 Uhr. findet in der Friedensecke eine Sitzung der Volkszeitungsleiter und Parteigenossen statt.

Die Vertreterinnen der Kinderspiele treffen sich Donnerstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Fraustraße 17.
Gruppe 12. Staatliche und kommunale Behörden. Freitag, den 24. Juni, abends 7 Uhr, Volkshaus, Café, links. 1. Vortrag des Genossen Niach über: Kommunalisierung und Kommunalisierungsgesetz. 2. Neuwahl des Gruppenrates.
Gruppenrat 4. Chemie. Freitag, den 24. Juni, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Befichtigung der Leipziger Kriminalpolizei.

Die meisten Verbrechen und Vergehen werden aus Not begangen. Dazu kommen noch erbliche Belastung, mangelhafte Erziehung, Verzerrung, deren Ursachen meist auch wieder im wirtschaftlichen Elend wurzeln. Bürgerliche Professoren haben lange vor dem Kriege eingehend nachgewiesen, daß eine Erhöhung der Getreidepreise stets zu einer Vermehrung der Eigentumsvergehen geführt hat. Wie die ungeheure Not in den letzten Jahren eine starke Steigerung der Verbrechen und Vergehen veranlaßt hat, ist allgemein bekannt. Zu ihrer Vermeidung sind soziale Maßnahmen, eine Umstellung der kapitalistischen Profitwirtschaft in eine sozialistische Bedarfswirtschaft notwendig, doch davon will die bürgerliche Gesellschaft nichts wissen. Sie läßt täglich die Armen schuldig werden und überläßt sie dann der Pein. Sie wirft die Opfer ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in die Zuchthäuser und Gefängnisse. Ein großer Apparat ist hierzu aufgebaut worden, der besonders in den letzten Jahren stark erweitert worden ist.

Die Leipziger Presse war gestern zur Befichtigung der Einrichtungen der Leipziger Kriminalpolizei eingeladen. Ihre Vertreter unternehmen unter Führung der Herren Polizeirat Engelbrecht und Polizeikommissar Nitsch einen dreistündigen Rundgang durch die verschiedenen Räume des Polizeiamts. Man erfährt, daß bis in die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die Leipziger Kriminalpolizei kein selbständiges Dezernat gehabt hätte, und daß die neueren Einrichtungen erst in den letzten Jahrzehnten geschaffen worden wären. Es wurden auch Zahlen genannt über das furchtbare Anwachsen der Verbrechen seit dem letzten Kriegsjahre. Jeden Monat werden 4000-4500 Eingänge, in einem Jahre 50 000 zu verzeichnen gewesen. Dabei handele es sich nur um die Verbrechen und Vergehen, nicht um die Übertretungen. In der letzten Zeit wäre ein Rückgang eingetreten. Der Mai hätte „nur“ 3500 Eingänge gebracht. Einmal seien Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und gefährliche Körperverletzung Privatklagebehalte geworden, dann trete, abgesehen von den Sittlichkeitsdelikten, im Sommer stets ein Rückgang der Kriminalität ein. Gewisse Anzeichen für ein allgemeines Sinken der Kriminalitätsziffer seien vorhanden, doch sichere Rückschlüsse ließen sich daraus noch nicht ziehen. Die Beamten wären in Gruppen eingeteilt. Es würde nach dem Spezialitätenprinzip gearbeitet. Außer der Zentrale im Polizeiamt wären dann noch örtliche Kriminalstellen im Westen, im Norden, im Osten, im Südosten vorhanden. Der Hauptbahnhof wäre mit neun Beamten, das Leihhaus mit zwei Beamten und der Schlächterhof mit einem Beamten besetzt. Im Polizeiamt selbst wären zu jeder Zeit, auch in der Nacht, mindestens 5 Beamte anwesend. Auch bestände eine Mordkommission, die ebenfalls zu jeder Zeit in der kürzesten Frist zusammenzutreten könne.

Den Pressevertretern wurden dann die verschiedenen Räume und Einrichtungen gezeigt. Die beschlagnahmten Gegenstände wandern in die Effektenstelle, der jährlich 6000 Sachen zugehen. In einem Atelier werden die Verbrechen fotografiert, und zwar dreimal, einmal mit Kopfbedeckung, einmal ohne Hut und einmal von der Seite. Der Stuhl ist drehbar. Es wird auf einen Knopf gedrückt, und sofort kann eine Selbstaufnahme gemacht werden. Es werden ferner Schriften, Fingerabdrücke fotografiert und vergrößert. Wenn schwere Verbrechen vorkommen und schnell eine Masse Bilder herausgebracht werden sollen, können in einer Stunde 400 Bilder angefertigt werden. Die Kanäle

verfügt über eine umfangreiche Registratur. Den Trödelern gehen Verzeichnisse über gestohlene Gegenstände zu. Eilberichte über gestohlene Schreibmaschinen werden laufend angefertigt und über ganz Deutschland verbreitet. Die Gewerbebetriebe in Leipzig sind alphabetisch geordnet; kommt ein großer Diebstahl in einer Branche vor, so werden durch die 32 Polizeiwachen die in Frage kommenden Gewerbebetriebe unterrichtet. Bei Mordtaten können in kürzester Frist die erforderlichen Befanntmachungen und Meldungen vorgenommen werden. Der Fahndungsdienst ist weit ausgebaut. Es sind gegen 141 000 Fahndungsbücher vorhanden. Dieser Dienst erstreckt sich auch auf die Vermissten. An amtlichen Befanntmachungen wurden erlassen:

Table with 2 columns: Year, Number of notices. 1918: 72, 1919: 264, 1920: 294.

Als Belohnungen wurden zugesichert:

Table with 2 columns: Year, Amount. 1918: 35 570 M., 1919: 261 000 M., 1920: 460 000 M.

Von Wichtigkeit ist der Erkennungsdienst. In diesem Bureau wird ein Verbrechenalbum geführt. Es sind 12 000 Bilder vorhanden. Von jeder festgenommenen Person werden Fingerabdrücke angefertigt, während eine Photographie nur auf Befehl hergestellt wird. Handschriften von Exprossern werden im Bureau des Erkennungsdienstes ebenfalls gesammelt. Außerhalb tritt der Erkennungsdienst in Tätigkeit, wenn Verbrechen verübt worden sind. Demnächst wird der Presse noch das Kriminal-Museum gezeigt werden.

Wie die Gegenrevolution auf dem Lande rüstet.

Das Schwerverbrecherblatt, die V. N. N., brachten dieser Tage nachfolgendes Inzerat:

Arbeitsgemeinschaft

Inhalt ehem. Seereschiffahrt, a. Unteroffiziere, als Landarbeiter bei freier Station und rund 14.- M. hat. nationale Gefinnung, gute Papiere Voraussetz. Rüdovito. Angebot u. N. 100 an d. Exp. Rismar 1. Westl.

Diese „Arbeitsgemeinschaft“ besteht aus Truppenverbänden, die auf dem Lande aufgestellt werden. Bekanntlich ist das verboten, das geniert die deutschnationalen Patrioten nicht. Ebenfalls können sich daran die V. N. N. und kein Staatsanwalt ereifeln ein. Bewahrt! Es geht ja nicht gegen die Arbeiter. Die deutschnationalen Patrioten können in aller Öffentlichkeit die schwersten Verbrechen begehen. In der Periode der „Entwaffnung und Auflösung des Selbstschutzes“ macht sich das verbrecherische Inzerat in einem ordnungsliebenden Blatt besonders gut.

Von der landwirtschaftlichen Ausstellung.

Die Transportfrage spielt in der Landwirtschaft eine große Rolle. Demgemäß waren auf der Ausstellung zahlreiche Transportgeräte vertreten. Abgesehen von den kleineren Geräten, wie Karren, Sackhebern und dergleichen, fand man die liberal vertretenen Kfz Wagen in mannigfacher Ausführung. Bemerkenswert ist hierbei das Bestreben, den Wagen den modernen Grundrissen des bequemeren Auf- und Entladens anzupassen. Für größere Wirtschaften waren Feldbahnen verschiedener Ausführungen ausgestellt, sowie Transportgeräte, die zur schnelleren und leichteren Bewältigung der Ernte dienen. So waren in zahlreichen Ausführungen die mit selbstem Förderband arbeitenden Höhenförderer vorhanden. Dasselbe Prinzip wird bei einem ausgestellten Fernerzeuger angewandt, der den Zweck hat, aus größerer Entfernung der Drehmaschine die Garben zuzuführen. Aufzugsvorrichtungen mit Sicherheitswinde waren ebenfalls ausgestellt, sie dienen dazu, Säcke, Heu oder Getreide abzuladen und zu laden, unter mäßiger Ausnutzung der Handarbeit. Auch die Strohprelle kann zu Transportzwecken benutzt werden, sie haben an der Presse eine Schürre angelegt, auf der das gepresste Stroh zum Stapelplatz hinaufgeführt wird.

Kartoffelerntemaschinen waren auf dem Ausstellungsgelände zu sehen. Die Beliebtheit des Fünftahrbauers spiegelt sich darin wieder, daß dieses System heute von einer ganzen Anzahl Firmen gebaut wird. Eine Firma hat neben ihrem Fünftahrbauer auch den Eintrahrbauer ausgestellt. Unter den Rodern mit getriebenen Grabegabeln tritt neu ein Kartoffelroder in Erscheinung. Manigfaltig ist die Bauart der Aufsaugroder, welche ein zu weites Wechselladern der Kartoffeln verhindern soll, wie auch deren Befestigung. Entgegen dem System mit senkrecht laufendem Zylinder liegen diese bei einem System horizontal und ermöglichen infolge ihrer eigenartigen Konstruktion das Ablegen der Kartoffeln in Reihen. Dasselbe ermöglicht die Kartoffelentnahmehilfe, bei der das Kraut hinter der Maschine abgeworfen wird, während die auf den Rollen von Erde und Kraut befreiten Kartoffeln leitlich herausgeführt werden und in Reihen oder Reihen abgelegt werden können. Eine Firma stellte einen Kartoffelroder mit selbsttätiger Saugung zur Schau, bei dem die Kartoffeln durch die auf einem Band stehenden schließlichen Körbe aus dem Boden genommen und auf eine Siebrinneung geföhrt werden. Neben dem System mit selbsttätiger Saugung wurde die eine Maschine kopiert und hebt die Rüben und legt das Kraut und die Rüben in getrennten Reihen ab, während eine andere Firma getrennte Köpfe- und Rodemaschinen anwendet, welche gleichzeitig zwei Reihen bearbeiten.

Bei den Säemaschinen herrscht das Bestreben, eine bequeme Entleerung des Saatkastens zu ermöglichen. Vertreten waren die Sieborane aller Systeme. Es werden wieder verhältnismäßig viel Rührsträder benutzt. Die Sieblungsbedingungen entsprechend sieht man viele Kleindrillmaschinen. Kartoffelbauerngerätee weisen

keine Neuheiten auf; indes hat eine Firma einen 25 PS-Motorwägen mit einer neuartigen Kartoffellegearrichtung ausgestellt. Bemerkenswert ist ferner eine kombinierte Kartoffel-Planzmaschine, die in eine Sämaschine oder Sämaschine umgewandelt werden kann. Auch Düngereutere waren zahlreich vertreten; entsprechend dem meist verwandten wenig schmierenden Düngemitteln sind die Schleppmaschinen fast in Aufnahme gekommen. Auch Geräte, die durch Schleuderwirkung das Düngemittel aufbringen, waren vorhanden. Neben den bekannten Saugereutern gelangen die Geräte zum Ausbreiten auf größerer Bedeutung. Sandverweber, als Koffen- und Schleuderpumpen ausgebaut, wurden in den verschiedensten Bauarten angeboten und vorgeführt. Zur Schädlingsbekämpfung waren Feder- und Raumbrechen in kleineren und größeren Ausführungen zu sehen. Einen besonderen Aufschwung hat die deutsche Erntemaschinen-Industrie genommen; Grassmäher, Getreidemäher mit Hand- und Rechenablag; sowie Selbstmäher waren in deutschen Konstruktionen vorhanden. Auch die Geräte zur Heuernte waren überaus zahlreich. Vierberechen als Halb- und Ganzautomaten und Gabelhebewerker wurden in großer Anzahl gezeigt.

Der Rat und die Großhändler.

Die Vereinnahmung der Großhändler hatte die Deffektivität mit der Behauptung beunruhigt, der Leipziger Großmarkt hätte Obli, das für die Leipziger Bevölkerung bestimmt war, dieser entzogen und nach auswärts verschoben.

In einer Erwiderung des Rates wird von diesem behauptet, daß ein Teil nicht zum Lager aneclaneter Wensel, mit denen Leipzig im vorigen Jahre sich reichlich eingedeckt habe, in aller Öffentlichkeit an lässliche Händler weiterverkauft worden sei. Der daraus erzielte Gewinn sei zur Preislenkung der Nahrungsmittel für die Leipziger Bevölkerung benutzt worden. Das Obli von den Staatsstrafen sei zu tausenden von Zentnern zu wesentlich niedrigeren Preisen als die der Händler an die Bevölkerung abzugeben worden. Bei den Kirchensammlungen habe der Rat sich nur an 10 von 500 Verkäufern beteiligt. Er habe nie die höchsten Gebote abzugeben und fast stets angehört zu bieten, wenn ihm die Händler überboten.

Den Versuch, von der Rentierung Obli von den Staatsstrafen zu bekommen, hätten die Händler durch Geneigengaben vereitelt, so daß durch öffentliche Versteigerungen die Preise bedeutend verteuert wurden. Ein Rentierungsvertreter hätte bei der Versteigerung der Kirchensammlungen in Grimma ausdrücklich festgestellt, daß nicht der Rat der Stadt Leipzig die Preise hochtrieb, es sei vielmehr die Händlerhaft, die ihm die Wucherpreise anbot, die er gar nicht haben wollte!

Der Rat laßt dann weiter, die Behauptungen der Händlervereinnahmung entkräften nur der Furcht, daß der städtische Großmarkt infolge auf die Oblierei wirke, und gibt den Händlern zum Schluß folgende bittere Bille zu schluß:

Wenn der Großmarkt, wie die Vereinnahmung behauptet, das Obli verteuert hätte, dann hätte diese ganz bestimmt still zu liegen. Ihre Sachkenntnis beweisend, daß die die unkluge Behauptung aufstellt, es habe seit fünf Jahren kein Stadtratsmitglied eine Abrechnung des Großmarktes gesehen. Es ist selbstverständlich alljährlich abgerechnet worden; die diesjährige Abrechnung unterliegt zurzeit der Beschlußfassung der städtischen Körperverordneten.

225 000 Besucher der Landwirtschaftlichen Ausstellung.

Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft schreibt uns: Wenige Stunden vor dem Schluß der 28. Wanderausstellung der D. L. G. stehend, können wir mit Befriedigung auf einen guten Verlauf der Veranstaltung zurückblicken. Wenn auch die Besucherzahl von rund 225 000 um etwa 100 000 hinter der Besucherzahl der Ausstellung von 1909 in Leipzig-Eutritzsch zurückbleibt, so ist der Besuch angesichts der erheblichen Verteuerung der Reise- und Unterkunftskosten sowie der Eintrittspreise doch als durchaus befriedigend anzusehen. Den größten Anteil der Besucher stellte naturgemäß die Landbevölkerung, soweit wir feststellen konnten, waren fast alle Gauen des Deutschen Reiches vertreten. Auch stellte das Ausland eine beachtenswerte Anzahl von Vertretern. Die Umfänge, welche die Aussteller erzielten, entsprechen nach den uns gewordenen Mitteilungen durchaus den Erwartungen. Die Verkehrseinrichtungen der Stadt arbeiteten mükerraktig.

Der nächste Kriegsverbrecher-Prozess wird am 20. Juni beginnen. Der General Stenger soll im August 1914 den Befehl gegeben haben, Gefangene niederzumachen, und Major Krullius soll diesen Befehl buchstäblich befolgt haben. Sogar verwundete Franzosen seien niedergemacht worden. Der Leutnant Paul e steht unter der Anklage, auf Grund des Befehls einen verwundeten französischen Offizier durch Revolverkugeln ermordet zu haben. Gegen den General v. Schaaf, ehemals Gouverneur von Kasel, und den Generalmajor Krullka, der Kommandant des Gefangenenlagers Niederwehren war, wird der Vorwurf erhoben, mit Absicht russische Kriegsgefangene, die an Flecktyphus litten, mit englischen und französischen Kriegsgefangenen zusammenzulegen und dadurch den Tod von 3000 französischen Soldaten mit Überlegung herbeigeföhrt zu haben. Wir werden über diese Prozesse, an denen diesmal eine französische Justizkommission teilnimmt, berichten.

Reichsausschuh für die Leipziger Messe. Der Reichsrat hat beschlossen, den Beitrag des Reiches für das Messemittel für Unterarmen in Leipzig auf 12 Millionen festzusetzen. Für 1921 sind bereits 5 Millionen bewilligt, es treten also noch 7 Millionen hinzu.

Achtung, Arbeiterkomplade. Quartierangebote sind in so reichlichem Maße eingegangen, daß leider nicht alle berücksichtigt werden können. Wer durch die Quartiermacher keine Nachricht weiter erhält, wolle hierdurch den Dank entgegennehmen und das Angebot für erledigt betrachten. Der Wohnungsausschuh.

Beitragsgabe für Erwerbslose und Kurarbeiter. Alle Besteller im Besitze von Gutscheinen müssen die Briefe auf den angegebenen Ausgabestellen innerhalb drei Tagen wie folgt abholen: Ab Donnerstag, den 23. Juni 1921, in der Zeit von 9-4 Uhr, Banziger Bahnhof, Köpplauer Straße (Mag u. Co.), Nr. 1-314, Freiadabnhof Eutritzsch, Gleis 21 (Werner), Nr. 3001-3194; ab Sonntag, den 25. Juni 1921, Plagwitz, Eilbethalallee (Mag u. Co.), Nr. 1001-1199, Gellserhausen, Bemminalenstraße (Mag u. Co.).

Sunger

Roman von Knut Hamsun.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Maria von Borch.

Sofort hielt ich inne. Ihre Worte klangen so erschrocken, so hilflos, daß sie mich bis ins innerste Mark trafen. Sie glaubte mir Erfolg zu bieten, indem sie mir erlaubte sie auf die Brust zu tüpfeln! Wie schön das war, schön und einfältig! Ich hätte ihr zu Füßen fallen, vor ihr knien mögen.

„Aber, liebe, kleine!“ sagte ich, ganz verwirrt, „ich verstehe nicht... ich begreife wirklich nicht... was dies für ein Spiel ist...“

Sie erhob sich und zündete die Kerze mit zitternden Händen wieder an: ich lehnte mich zurück und tat nichts. Was würde jetzt geschehen? Eigentlich war mir sehr unbehaglich zu Mute.

Sie blickte nach der Wand, auf die Uhr und schrak zusammen. „A! nun kommt das Mädchen gleich!“ sagte sie. Das war das erste, was sie sprach.

Ich verstand diese Bedeutung und stand auf. Sie nahm den Mantel, wie wenn sie ihn anziehen wollte, bedachte sich jedoch, ließ ihn liegen und ging an den Kamin. Sie war bleich und wurde immer unruhiger. Damit es doch nicht aussehen sollte, als ob sie mir die Tür zeigte, sagte ich:

„War Ihr Vater Militär?“ und zugleich schickte ich mich an zu gehen.

„Ja, er sei Militär gewesen. Woher ich das wisse?“

„Ich wisse es nicht, es sei mir nur eingefallen.“

„Wie seltsam!“

„Ach ja. An einigen Orten bekäme ich es mit Ahnungen. Sie ha, das gehörte mit zu meinem Wahnsinn, das...“

Sie blickte hastig auf, antwortete aber nicht. Ich fühlte, daß meine Anwesenheit sie quälte, und wollte kurzen Prozeß machen. Ich ging an die Tür. Ob sie mir keinen Kuß mehr geben wollte? Ich nicht einmal die Hand reichen? Ich stand und wartete.

„Wollen Sie denn jetzt gehen?“ fragte sie, blieb aber immer noch still am Kamin stehen.

Ich entgegnete nichts. Gedemütigt und verwirrt stand ich da und sah sie an, ohne zu sprechen. Weshalb hatte sie mich denn nicht in Frieden gelassen, wenn doch nichts daraus werden sollte? Was war ich in diesem Augenblick? Es schien sie nicht zu kümmern, daß ich bereit war zu gehen; sie war mir plötzlich verloren, und ich suchte etwas, um es ihr zum Abschied zu sagen; ein schweres, tiefes Wort, das sie treffen und ihr vielleicht ein wenig imponieren würde. Und ganz entgegen meinem festen Wunsch — verkehrt anstatt kalt und stolz zu sein, unruhig und beleidigt, fing ich an von unwesentlichen Dingen zu reden; das zermalende Wort kam nicht, ich zeigte mich äußerst gedankenarm.

Weshalb sie nicht klar und deutlich sage, ich möge machen, daß ich fortkomme? fragte ich. Ja, ja, weshalb nicht? Es hätte gar keinen Zweck, sich zu genieren. Anstatt mich daran zu erinnern, daß das Mädchen bald nach Hause kommen würde, hätte sie folgendes sagen können: Jetzt müssen Sie verschwinden, denn ich gehe meine Mutter abholen und wünsche Ihr Geleite nicht über die Straße. Daran habe sie gar nicht gedacht? O doch, gerade daran habe sie gedacht; das sei mir gleich klar gewesen. Es gehörte nicht viel dazu, mich auf die rechte Fährte zu bringen; allein schon die Art und Weise, wie sie nach dem Mantel gegriffen und ihn dann wieder hatte liegen lassen, hatte mich überzogen. Wie gelang, ich pflegte Ahnungen zu haben. Und im Grunde genommen war doch nicht soviel Wahnsinn darin.

Aber Gott im Himmel, vergehen Sie mir doch endlich das Wort! Es ist mir so entschüpf! rief sie. Aber immer noch stand sie still und kam nicht zu mir.

Ich war unbehaglich und fuhr fort. Ich schwachte weiter trotz des peinlichen Bewußtseins, daß ich sie langweile, daß keine meiner Worte sie traf, und trotzdem hielt ich nicht inne: Im Grunde genommen könne man ja ein ziemlich empfindliches Gemüt haben, wenn man auch nicht gerade verärgert sei, meinte ich; es gab Naturen, die sich von Kleinigkeiten nähren und an einem harten Worte sterben konnten. Und dann gab ich ihr zu verstehen, daß ich

eine solche Natur sei. Die Sache sei nämlich die, daß meine Armut gewisse Fähigkeiten in mir derartig geschärft habe, daß es mir geradezu Unannehmlichkeiten bereite, ja, ich kann Sie verstehen, geradezu Unannehmlichkeiten, leider. Aber es hatte auch wieder seine Vorteile; über gewisse Situationen half es mir fort. Der intelligente Arme sei ein viel feinerer Beobachter als der intelligente Reiche. Der Arme sieht sich bei jedem Schritt um, der er macht, er lauscht mißtrauisch auf jedes Wort, das er von den Menschen hört, die ihm begegnen; jeder Schritt, den er macht, stellt daher seinen Gedanken und Geföhlen eine Aufgabe, eine Arbeit. Er sei feindsüchtig und geföhlsvoll, ein erfahrener Mann, seine Seele habe Brandwunden...

(Fortsetzung folgt.)

kleine Chronik.

Der 5. Derivortrag über „Die neue Malerei“ behandelte die beiden Größten aus der beginnenden expressivistischen Bewegung und ihre eigentlichen Väter: Cezanne und Van Gogh. Cezanne war der erste, dem es gelang, das um die Jahrhundertwende in der Gesellschaft auslebende Kraftgefühl, das die milde Decadence verdrängte, in lebendige künstlerische Formen zu zwängen. Seine ungelante Bauernhand war dazu das geeignetste Mittel. Er begann, die Formen zu bannen, seine Gemälde aufzubauen, und tam so wieder dazu, ein Bild zu „komponieren“, während bisher die möglichste Lockerheit und momentane Zufälligkeit des Bildaufbaus geherrscht hatte. Dieser Großtat, die Form kraftvoll zu sammeln, ohne wie die Rubinen und andere Formen in spitzfindige Ueberreibungen oder Einseitigkeiten zu geraten, wurde von Van Gogh die zweite geleistet: Die Belebung der an sich toten Naturform durch das eigene Empfinden. Van Goghs brodelnde Temperament erträgt es nicht, die Welt so zu malen, wie sie ist, und wie so ihm zu schal und gemähigt erscheint. Er gestaltet sie nach seiner Leidenschaftlichkeit um, läßt die Bäume

Reichstag.

Berlin, 21. Juni.

Beginn der Sitzung 1 1/2 Uhr. Löbe präsidiert. Vor Eingang in die Tagesordnung erklärt der Präsident: Ich habe Ihnen die traurige Mitteilung zu machen, daß in der vorigen Nacht der Abgeordnete Adershold verstorben ist. Er gehörte schon der verfassunggebenden Nationalversammlung an. Seiner fleißigen und stillen Arbeit war er durch seine Krankheit so lange entzogen gewesen. Die Abgeordneten haben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben.

Sodann habe ich die weitere höchst traurige Mitteilung zu machen, daß durch ein schweres Grubenunglück, durch Schlagwetter veranlaßt, 78 Bergleute ihren Tod gefunden haben. Es steht leider zu befürchten, daß die Zahl der Opfer eine noch größere ist. Den Angehörigen der Bergleute sprechen wir unser tiefstes Beileid aus und hoffen, daß sich die Zahl der Verunglückten nicht noch größer erweisen wird.

Vom Reichsjustizminister war um die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten van den Kerckhoff nachgesucht worden. Abg. Schulz (Dnl.) beantragt, die Immunität ohne Überweisung an die Geschäftsordnungscommission aufzuheben.

Abg. Bechebour (U. Soz.): Wenn ich mir sachlich auch ein Urteil erlauben will, glaube ich doch, daß in einem so schwierigen Fall unter allen Umständen eine vorherige Beratung im Geschäftsordnungsausschuß notwendig ist. Abg. Fröh Geyer (Komm.) äußert sich im gleichen Sinne.

Die Genehmigung zur Erteilung der Strafverfolgung wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten ohne Überweisung an die Geschäftsordnungscommission erteilt.

Die Deutschnationalen wenden sich in einer Interpellation dagegen, daß die Regierung die vom Reichstag geforderte Aufhebung der Ergänzungsprüfung bei Anträgen der Beamten in Gruppe VII noch immer nicht durchgeführt hat.

Abg. Lavareux (Dnl.) begründet die Interpellation und fordert, daß dem Beschlusse des Reichstags Rechnung getragen werde. Ansonsten werde seine Partei der Regierung mit allen Mitteln den Kampf anfangen.

Abg. Wiorath (D. Sp.) begründet eine, die gleiche Materie behandelnde Interpellation und wendet sich gegen den Abgeordneten Belsus, der in einem Zeitungsartikel behauptet habe, zuerst für diese Sache eingetreten zu sein.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die Interpellationen entsprechen im Kern der Auffassung, die ich schon vor einem Jahre vertreten habe. Die Herren kommen also ein Jahr zu spät. Daß der Beschluß des Reichstags nicht durchgeführt ist, liegt nicht an uns, sondern an der Regierung. Herr Wiesbers als Postminister und ich als Finanzminister sind für die Aufhebung der Ergänzungsprüfung eingetreten (Hört, hört!) Aber von allen Ministern wurden die schwersten Beschränkungen geholt (Hört, hört!). Die Regierung hat dann feierlich festgelegt, daß eben von dieser Prüfung unter keinen Umständen abgegangen werden dürfe (Hört, hört!). Ich habe mich gefügt und für diesen Kabinettsbeschlusse gewirkt. Wenn die Rechtspartei sich jetzt gegen die Regierung wendet, so trifft ihre Mißbilligung uns nicht. Ihr Votum ist nur ein nachträgliches Mißtrauensvotum gegenüber der alten Regierung, der Sie vielleicht nicht so feindselig gegenüberstehen haben, wie uns gegenüber (Hört, hört!).

Abg. Burslage (Zentr.) beantragt, die Interpellation samt den Anträgen dem Beamtenausschuß zu überweisen.

Auf Antrag des Abg. Schiele (Dnl.) wird die Besprechung der Interpellation, zu der die Unterstützung knapp ausreicht, beschloffen.

Ein Antrag der Deutschnationalen verlangt ein Mißtrauensvotum gegen den Reichstagspräsidenten. Für die Unterstützung dieses Antrages reichen die 30 Mitglieder der Deutschnationalen gerade aus.

Abg. Steinkopf (Soz.): Die Interpellationen sind lediglich aus agitatorischem Bedürfnis heraus eingebracht. Den Entschluß des Kabinetts freizubehalten, diese Prüfung einzuführen, halten wir nicht für glücklich, aber wir verstehen es, daß das Kabinett Wirth diese Politik forsetzt, zumal die Herren vielfach auch Mitglieder der früheren Regierung gewesen sind. Ich habe vorgeschlagen, die ganze Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Abg. Breunig (U. Sp.): Die Rechtsparteien führen hier eine Komödie auf. Als wir am 5. Mai den Antrag einbrachten, die Ergänzungsprüfung aufzuheben, haben sie ihn abgelehnt. Wenn ihnen Gelegenheit gegeben ist, sich klar für die Beamten zu entscheiden, lehnen sie das ab. Aber den ersten besten nächsten Anlaß ergreifen sie, um sich vor den Augen der Beamten schmeißen für sie ins Zeug zu legen. Wir sind immer dafür eingetreten, daß Ungerechtigkeiten beseitigt werden und wir werden ihnen auch jetzt wieder Gelegenheit geben, Farbe zu bekennen. Wir haben unseren feiner Zeit abgelehnten Antrag erneuert. Er lautet: Diejenigen früheren Assistenten, die bei Inkrafttreten des Reichsbesoldungsgesetzes vom 1. April 1920 Angestellte waren, sind mit Wirkung vom 1. April 1920 ohne Ablegung einer Sonderprüfung in die Besoldungsgruppe VII einzureihen.

Im Ausschuß, der sich ja, nachdem ein Antrag auf Ausschlußberatung eingebracht ist, damit beschäftigen wird, wird sich zeigen, ob Sie diesmal erster ans Wert gehen wollen als bisher. Wir fürchten, Sie werden unsern Antrag, der den einzig richtigen Weg zu begehren verlangt, wiederum ablehnen.

Abg. Deltus (Dem.): Der Verzicht der Rechten, in dieser Frage der Reichsregierung ein Bein zu stellen, ist lächerlich. Wir werden im Hauptausschuß über alle in der Debatte berregte Fragen zu verhandeln haben. Der Abg. Wiorath hat im Ausschuß die Ergänzungsprüfung gefordert und erst später diesen Antrag eingereicht.

Abg. Hoeft (Zentr.): Im Ausschuß wird viel besser darüber beraten werden können. Hier im Hause wird nur Agitation getrieben. Es ist zu begrüßen, daß der Reichstagspräsident die fälligen Gebühren mit rückwirkender Kraft zugestimmt hat.

Abg. Westner (Komm.): Der Antrag der Unabhängigen ist überflüssig. Solchen Beschluß hat der Reichstag schon einmal gefaßt und die Regierung hat ihn abgelehnt. Jetzt kommt es darauf an, der Regierung zu zeigen, daß der Reichstag auch gewillt ist, seinen Beschlüssen Geltung zu verschaffen.

Durch Schlußantrag wird die Debatte geschlossen. Die Deutschnationalen beantragen, über ihren Mißbilligungsantrag namentlich abzustimmen.

Auf Antrag Müller-Franken (Soz.) wird die Abstimmung vertagt. Sodann wird ein Antrag Burslage (Zentr.) angenommen, die beiden Interpellationen, sowie einen Antrag Peterßen und den Antrag der Unabhängigen der Ausschußberatung zu überweisen.

Hierauf werden ohne Debatte erledigt das Abkommen mit Polen betreffend Durchgangsverkehr, der deutsch-polnische Ergänzungsvertrag betreffend Amnestie, Vereinbarungen betreffend Wiederherstellung des Friedenszustandes mit China, das deutsch-französische Abkommen über Erstattung der von Elsaß-Lothringen geleisteten außerordentlichen Kriegsausgaben, Grenzfestlegung im Saargebiet, Nachtrag zum Haushaltplan und der Entwurf des Reichsmietengesetzes. Letzteres wurde dem Ausschuß überwiesen.

Förderung des Wohnungsbaues.

Abg. Bahe (Dem.) erstattet den Bericht des Ausschusses: Der Gesetzentwurf fordert eine Mietsteuer von 5 Prozent, die von den Ländern erhoben wird, der auch die Gemeinden einen Zuschlag bis zu gleicher Höhe hinzufügen können. Die einkommenden Beträge sollen zur Amortisation und Verzinsung einer Anleihe

zum Zwecke des Wohnungsbaues verwendet werden. 20 v. H. des Rohertrages der Abgabe und der Zuschläge sind an das Reich abzuliefern. Zum Ausgleich zwischen den Ländern wird ein Ausgleichsfonds gebildet, den der Reichsarbeitsminister verwaltet. Befreit bleiben Mieter, deren steuerbares Jahreseinkommen nicht mehr beträgt als 4000 bis 7000 M. je nach der Ortsklasse.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Wir folgen dem Zwang der Verhältnisse. Die Freigabe des privaten Wohnungsmarktes könnte den Wohnungsbau nicht fördern. Die Mieten würden sich auf das zwölffache steigern. Der Grundstückspreis würde sich in ähnlicher Weise erhöhen, ohne daß dadurch dem Wohnungsbau irgendwelche Förderung zuteil würde. Selbst wenn man unter den heutigen Verhältnissen zur Sozialisierung des Wohnungsbaues übergehen wollte, wäre ohne große Steigerung der Mieten eine Förderung des Wohnungsbauens nicht möglich. Dem Antrag der Sozialdemokraten, der es zulassen will, daß unter gewissen Umständen auch Bauten, die mit Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln hergestellt sind, in Privatbesitz übergehen können, ist wohl zuzustimmen.

Abg. Gultmecht (Dn.): Die Wohnungsnot beschränkt sich nicht auf die 1-2 Zimmerwohnungen, die durch die Eicklungen hauptsächlich neu geschaffen werden, sondern auch auf Wohnungen für den Mittelstand. Die Gebäude, die lediglich landwirtschaftlichen Zwecken, wie denen von Industrie und Gewerbe dienen, müssen aus der Abgabe herausfallen. Mit Steuern kann der Wohnungsnot nicht abgeholfen werden. Wir fordern Kauffreiheit unter Gewährung von Staatszuschüssen. Die Niedrighaltung der Mieten kann nicht länger aufrechterhalten werden.

Abg. Silberschmidt (Soz.): Aus privaten Mitteln kann jetzt niemand bauen. Staat und Gemeinden müssen eingreifen. Die Vauweise sind auf das 3- bis 4-fache gestiegen, das können wir in Deutschland nicht durch Steigerung der Mieten aufbringen. Das Gesetz kann uns nicht befriedigen. Nicht nur der Wohnungsbau, sondern auch die Fürsorge für den Bestand der alten Wohnungen bedarf einer Regelung. Unsere dahingehenden Anträge im Ausschuß sind abgelehnt worden. Mit den Geldern, die durch das neu zu schaffende Gesetz aufgebracht werden können, ist kaum ein winziger Bruchteil dessen zu erreichen, was im Wohnungsbau geschehen muß. Das ist nur durch eine völlige Umgestaltung, durch die Sozialisierung des Wohnungswesens zu erreichen. Wir werden die Mittel für das Jahr 1921 bewilligen, wenn auch weder der Gesetzentwurf der Regierung noch die Beratungen des Ausschusses uns befriedigen. Wir machen jedoch unsere Zustimmung abhängig von der Zustimmung zu einem von uns gestellten Antrage, den wir einbringen, nicht weil er das bringt, was wir wünschen, sondern das, was wir für erreichbar halten. Der Antrag Adershold und Genossen drückt aus, was auch wir wollen. Er ist uns viel lieber. Wir werden für ihn in erster Linie stimmen und erst in zweiter für unsern eigenen.

Abg. Dr. Marcks (D. Sp.): Die Gemeinden müssen das Recht haben, Mietssteuererträge wenigstens bis zur Hälfte für Zuschüsse bei Um- und Erweiterungsbauten zu verwenden. Nach dem 1. Januar begonnene, mit Zuschüssen hergestellte Bauten müssen von der Wohnungswirtschaft und Miet- und Wohnsteuer freibleiben.

Abg. Kahnt (U. Sp.): Diese Vorlage ist Stückwerk. In aller nächster Zeit wird uns ein Reichsmietengesetz sowie ein Grundbesitzgesetz vorgelegt werden. Millionen müssen in Höhlen und Speukellen sich bewegen. Die Obdachlosen können wohl verlangen, daß für sie gesorgt wird. Alle Körperkassen, die an dem Gesetz mitgearbeitet haben, haben aneinander vorbeigearbeitet. Es waltete ein Unstern über diesen Arbeiten. Nicht um Fürsorge für die Obdachlosen handelt es sich für Sie, sondern darum, die kapitalistische Wirtschaft zu schützen. Viele von denen, die über die Wohnungsnot sprechen, wissen gar nicht, welche furchtbaren Folgen die Wohnungsnot ausgelöst hat. Im Braunkohlrevier sind 70 000 Arbeiter mehr eingestellt worden, das macht mit den Angehörigen etwa 200 000 Menschen, und Herr Bergwerksdirektor Leopold teilte im Ausschuß mit, daß nur 2000 Wohnungen geschaffen seien. Mehrere Familien müssen sich zusammen mit einer Wohnung begnügen. Die Industrie, vollgepflegt von Gold, geht rücksichtslos vor und kauft Häuser und Hotels auf. Dadurch wird das Wohnungswesen wesentlich verschärft. Die Fremden müssen in Privatwohnungen untergebracht werden. Bei der Leipziger Messe schlafen die Bewohner auf den Korridoren und vermieten ihre Zimmer an die Mietsucher. Solche Zustände werden sich in Deutschland überall einbürgern, wenn nicht Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Dadurch wird auch die Sittlichkeit aus dem Lande gefährdet. In der Provinz Brandenburg sind 31 000 und in der Provinz Sachsen 30 000 polnische Wanderarbeiter beschäftigt. Mit diesen Auswüchsen wende ich mich nicht gegen die Freizügigkeit, sondern gegen die Heuschrecke der Nationalisten, die gegen die Polen wettern, denen sie aber als Lehndrücker angenehm sind. (Sehr wahr! links.) Für diese hunderttausende Wanderarbeiter müssen Wohnräume geschaffen werden.

Während der Abstimmung haben die Polen agitiert mit dem Landbesitz der Pfalz, Donnermarkt und Nichtlosen, auf der einen Seite aber auch gegen in Wort und Bild, wie wenig Besitzer von Land und Häusern in Oberschlesien vorhanden sind. Die schwer arbeitenden Hütten- und Bergarbeiter dagegen müssen wie das Vieh haufen. Nicht nur wirtschaftlich und sozial, sondern auch politisch rächt sich die grundverehrte Boden- und Wohnungspolitik in Oberschlesien. Überall, wo die kapitalistische Wirtschaftsweise herrscht, müssen wir auch gegen die Wohnungsnot kämpfen. Aber von allen Kulturstaaten ist sie in Deutschland am trostlosesten. (Sehr wahr! b. d. U. S.) In England zeigte sich eine höhere Einsicht. Als der Krieg ausbrach, kamen in England 5,8 Millionen auf ein Haus, in London bewohnten im Durchschnitt 7,8 Menschen ein Haus, während in Berlin 77,4 Personen auf ein Haus kommen. (Hört, hört!) Die Wohnungsnot ist keine Kriegsercheinung, sondern eine Gesetzercheinung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Seit 30, 40 Jahren führen wir den Kampf um bessere Wohnungen. Auf der einen Seite sehen wir die Mietskasernen in den Arbeitervierteln, auf der anderen Seite die Prachtbauten, die Industriepaläste, die großen Bankhäuser, die Freudenhäuser. Ueberflutet an Wohnraum auf der einen Seite, Mangel an notwendigem Wohnraum auf der anderen. Im Jahre 1892 konnte in Hamburg die Cholera nur auf Grund Ihrer stummen Wohnungsnot eine solche Ausdehnung gewinnen, daß Tausende dahingerafft wurden. Heute noch müssen wir gewahren, daß die Verhältnissen 12, 14- und 20-Stubenwohnungen innehaben. Nicht der Krieg, sondern die kapitalistische Wirtschaftsweise ist die Ursache der Wohnungsnot. Diesen Standpunkt haben wir auch im Wohnungsausschuß eingenommen. Und von dieser Auffassung ausgehend, lagen wir, daß dieser Entwurf nach jeder Richtung hin unzulänglich ist. Ueber eine Million Wohnungen gebrauchen wir, 40 000 werden im günstigsten Falle durch dieses Gesetz geschaffen werden können. Sodann es sich um soziale Aufgaben handelt für Arbeiter, Arbeitslosen, Arbeitslose, Obdachlose, ist kein Geld da, für die unproduktiven Ausgaben des Militarismus. Franz man nicht nach Deckung. Sie haben Milliarden übrig für Liebesgaben an die Arbeiter, weitere Milliarden für die Arbeiter und fragen nicht nach Deckung. Sodann aber die soziale Pflicht ruft, gibt der Grund: Keine Ausgabe ohne Deckung! Wenn man die Deckungsfrage anschnelnd, so sagen wir: Neue müssen die Mittel aufbringen, die dieses Unheil verursacht haben, die Kriegsheher, die Kriegs- und Revolutionenewinner. Es ist ein Stück unsrer Zeit, daß diejenigen, die verursacht sind, in diesen Speukellen zu wohnen, auch die Mittel für die Neubauten aufbringen müssen. (Sehr wahr! b. d. U. S.) Für Arbeiterlose und Kranke will man einige Milderungen schaffen. Aber was geschieht mit denen, die

ganz unzulängliches Einkommen haben, die nur 6000-7000 M. pro Jahr verdienen, z. B. eine Witwe mit drei oder vier Kindern? Die wird von der Wohnsteuer nicht befreit. Regierungsvorteiler erklären, wenn die Kernsten von der Steuer befreit werden sollten, verliere das Gesetz seine Wirkung. (Hört, hört!) Also: die Kernsten sollen die Steuern tragen. Dagegen haben wir mit allen Mitteln anzukämpfen. Vor zwei Tagen erst hat in Essen der Reichsanwalt erklärt, daß die Arbeiterkassen durch den zehnprozentigen Lohnabzug Kriessopfer gebracht habe. Aber täglich werden sie durch neue Gesetze weiterbelastet. Außerdem sehen wir, daß die Löhne nicht erhöht, sondern abgebaut werden. (Sehr wahr! b. d. U. S.) Nicht ein iota mehr darf an Steuern bewilligt werden, ehe nicht die Besitzer der Goldwerte auch endlich einmal Steuern zahlen.

Aus allen diesen Gründen lehnen wir das Gesetz ab. Wir verlangen eine schärfere Rationierung. Kann das Wohnungswesen dadurch auch nicht besetzt, so doch gelindert werden. Die Rationierung wäre schon heute möglich; sie wird aber durch die bürgerliche Gesellschaft sabotiert. Wir fordern Umstellung der Wohnungsämter, Mitberatung und Mitkontrolle durch die Wohnungsuchenden. Wir fordern die volle Sozialisierung der Wohnungsbauten vom ersten Spatenstich bis zum Abbau, die Sozialisierung der Baustoffindustrie, der Baubetriebe und der vorhandenen Wohnungen, sowie Selbstverwaltung der Mieter. Nur so ist aus dem Wohnungswesen herauszukommen. Das haben selbst die Mietervereine eingesehen, ebenso die Bodenreformer, die sich erst so gegen unsere Forderungen stemmten. Wir wenden uns dagegen, daß auch Privatbauten Zuschüsse gewährt werden können. Wo Steuerzuschüsse zu Wohnungszuschüssen verwendet werden, müssen die erbauten Häuser Körperschaften zugeführt werden, die gemeinnützige Zwecke verfolgen oder öffentlich-rechtlichen Körperschaften. (Sehr richtig! bei den U. S.) Deshalb wenden wir uns gegen den anderslautenden Antrag der Rechtssozialisten. Im übrigen wissen wir, daß in der Wohnungsfrage das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Der Kampf geht weiter. Es wird, wie schon gesagt wurde, gerungen um die sozialistische und kapitalistische Weltanschauung. Erst wenn der sozialistische Gedanke feste Formen angenommen hat, haben wir die feinste Zuversicht, daß wir aus diesem furchtbaren Wohnungswesen herauskommen, das ja der Kluch Ihrer göttlichen Gesellschaftsordnung ist. (Lebhafter Beifall b. d. U. S.)

Abg. Heidemann (Komm.): Mit der Wohnungsnot hängt auch zusammen die Steigerung der Kindersterblichkeit und der Tuberkuloseerkrankungen. Daran geht der kapitalistische Staat teilnahmslos vorüber. Die anderthalb Millionen fehlenden Wohnungen werden durch diese Vorlage nicht beschafft werden. Dieses Baujahr ist ohnedies verloren, höchstens 80 000 Wohnungen können noch erstellt werden. Die Steuer, die den Arbeitern durch das Steuerertrag aufgelegt wird, zeigt, daß alle Versprechungen der Regierung nur eitel Worte waren. Die Lösung der Wohnungsfrage ist nicht ein Materialproblem, sondern ein Machtproblem. Wir fordern ein Reichswohnungsengesetz, ein Reichswohnungsamt und die Sozialisierung der Baumaterialien und die Sozialisierung des Grund und Bodens.

Abg. Frau Bang-Brumann (Zentr. Sp.): Wäre eine Erleichterung der freien Bauwirtschaft schon vor langer Zeit erfolgt, so wäre die Wohnungsnot geringer. An Stelle der in der Vorlage vorgesehenen Abgaben sollte ein Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben werden. Die Regelung nach Ländern wird Schwierigkeiten haben, weil z. B. in Bayern angesichts der Finanzlage nichts getan werden kann.

Abg. Bahe (Dem.) gibt Mängel des Gesetzes zu, glaubt aber doch, daß mit Hilfe der Zuschüsse manche Erfolge zu erzielen sind. Er singt ein Loblied auf das kapitalistische System, plädiert für höhere Mieten, die leicht bezahlt werden können, wenn die Arbeiter weniger Zigaretten rauchen und weniger Schnäpse trinken. Das Gesetz bedeutet eine Schrittweise Besserung.

Damit schließt die Generaldebatte. § 1 wird mit einem redaktionellen Zusatz des Abgeordneten Marcks gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien angenommen, ebenso die folgenden Paragraphen. — Ein von Frau Dr. Marck begründeter Antrag der Deutschen Volkspartei, Gebäude, die Gewerbetriebe zum Gegenstand haben, auszuschließen von der Steuer, wird gegen die Stimmen der Rechtsparteien abgelehnt. — Der Rest des Gesetzes wird genehmigt. Verschiedene Entschlüssen und Anträge der Rechtsparteien werden abgelehnt, ebenso verfallen verschiedene Verbesserungsanträge der Unabhängigen Fraktion der Wohnung. Nur die U. Sp. und die Kommunisten stimmen dafür.

Schluß der Sitzung 18 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr: Interpellation über das Grubenunglück Mont Cenis und kleinere Vorlagen.

Sächsischer Landtag.

64. Sitzung vom 20. Juni 1921.

Zur Beratung kommt die Vorlage über die Bewilligung eines Kredits von 1 Million Mark zur Förderung von sozialen Baubetrieben an die Landes-Siedlungsgesellschaft Sächsisches Heim.

Minister des Inneren Lipinski begründet die Vorlage und ersucht um Zustimmung zur Bewilligung des Kredits.

Abg. Kunzsch (Dnat. Sp.) spricht sich gegen die Vorlage aus. Man müsse zuerst die privaten Baubetriebe konkurrenzfähig machen.

Abg. Noad (D. Sp.) wirft den Sozialen Bauhütten unfaulere Wettbewerb vor. Sie seien eine Schädigung des gewerblichen Mittelstandes.

Abg. Dammhardt (U. Soz.) weist auf verschiedenen Beispielen nach, daß die Baugenossenschaften bedeutend rentabler arbeiten als die Privatunternehmen. — Wir stimmen der Vorlage zu, wünschen aber, daß von Seiten des Ausschusses Stellung genommen wird, um diese Bestrebungen viel weiter auszubauen, als dies in der Vorlage vorgesehen ist. Der Reingewinn, den diese Gesellschaften erzielen, soll im Interesse des Abbaues der Baustoffpreise verwendet werden.

Minister Lipinski tritt den der Vorlage entgegenstehenden Meinungen entgegen.

Abg. Jähmig (Dem.) erklärt, daß seine Fraktion dieselbe Meinung vertritt wie die bürgerlichen Vorkämpfer.

Frau Abg. Büttner berichtet die Auffassung des Abg. Noad über die Produktivgenossenschaften. Die Bauhütten bedeuten die Verwirklichung einer der Nationalen Forderungen der Produktionssteigerung unter erhöhter Beteiligung der Arbeiter. In Preußen hat sich sogar eine bürgerliche Regierung zu einer Unterstützung der Bauhütten bereit gefunden.

Auch Abg. Stewert (Komm.) tritt für Unterstützung der sozialen Baubetriebe ein.

Danach wird die Vorlage dem Haushaltsausschuß überwiesen. Zu der Vorlage über Neuwahlen in den Gemeinden beantragt der Rechtsausschuß, den § 11 der Vorlage in folgendes Gesetz umzuändern:

§ 1. In den Gemeinden, in denen Gemeindevertreterwahlen in den Jahren 1920 und 1921 nicht stattgefunden haben, erlöschen die Rechte der Gemeindevertreter am 31. Dezember 1921, und sind bis spätestens zu diesem Zeitpunkt nach dem geltenden Gemeindevahlrecht Neuwahlen vorzunehmen.

Im Anschluß an die Wahl der Gemeindevorsteher sind in diesen Gemeinden die unterworfenen Stadträte und nichtberufsmäßigen Gemeindevorsteher nach dem Gesetz über die Wahlen für die Gemeindevorstände vom 17. Juni 1919 und dem Ergänzungsgesetz hierzu vom 15. Oktober 1919 vorzunehmen.

Das Haus stimmt gegen die Stimmen der unabhängigen Fraktion dem neuen Gesetz zu.

Vor der Beratung über dringliche Anforderungen macht Ministerpräsident Baus die Mitteilung, daß bei der Beratung dieser Vorlage verfassungsgesetzliche Bedenken erhoben wurden, die eine gewisse Berechtigung haben, weil in der Vorlage die Formalität eines selbständigen Gesetzes nicht erfüllt ist.

Nach einer unwesentlichen verfassungsgesetzlichen Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Dehne und dem Ministerpräsidenten wird den Anforderungen zugestimmt.

Die Abg. Cassan (Soz.) und Wöner (Dn. Sp.) erstatten den Bericht der Haushaltsausschüsse über die Vorlagen zur weiteren Abänderung des

Rechtshilfengesetzes.

Durch den Einbruch des Reichsfinanzministers ist es zu erklären, daß viele Wünsche der Beamten unbefriedigt geblieben sind. Die Arbeit der Rechtshilfenausschüsse ist durch die durch die Presse angelegenen Reden hinfällig bekannt.

Durch eine unglückliche verfassungsgesetzliche Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Dehne und dem Ministerpräsidenten wird den Anforderungen zugestimmt.

Die Abg. Cassan (Soz.) und Wöner (Dn. Sp.) erstatten den Bericht der Haushaltsausschüsse über die Vorlagen zur weiteren Abänderung des

Rechtshilfengesetzes.

Durch den Einbruch des Reichsfinanzministers ist es zu erklären, daß viele Wünsche der Beamten unbefriedigt geblieben sind. Die Arbeit der Rechtshilfenausschüsse ist durch die durch die Presse angelegenen Reden hinfällig bekannt.

Durch eine unglückliche verfassungsgesetzliche Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Dehne und dem Ministerpräsidenten wird den Anforderungen zugestimmt.

Die Abg. Cassan (Soz.) und Wöner (Dn. Sp.) erstatten den Bericht der Haushaltsausschüsse über die Vorlagen zur weiteren Abänderung des

Rechtshilfengesetzes.

Durch den Einbruch des Reichsfinanzministers ist es zu erklären, daß viele Wünsche der Beamten unbefriedigt geblieben sind. Die Arbeit der Rechtshilfenausschüsse ist durch die durch die Presse angelegenen Reden hinfällig bekannt.

Durch eine unglückliche verfassungsgesetzliche Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Dehne und dem Ministerpräsidenten wird den Anforderungen zugestimmt.

Die Abg. Cassan (Soz.) und Wöner (Dn. Sp.) erstatten den Bericht der Haushaltsausschüsse über die Vorlagen zur weiteren Abänderung des

Rechtshilfengesetzes.

Durch den Einbruch des Reichsfinanzministers ist es zu erklären, daß viele Wünsche der Beamten unbefriedigt geblieben sind. Die Arbeit der Rechtshilfenausschüsse ist durch die durch die Presse angelegenen Reden hinfällig bekannt.

Durch eine unglückliche verfassungsgesetzliche Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Dehne und dem Ministerpräsidenten wird den Anforderungen zugestimmt.

Die Abg. Cassan (Soz.) und Wöner (Dn. Sp.) erstatten den Bericht der Haushaltsausschüsse über die Vorlagen zur weiteren Abänderung des

Rechtshilfengesetzes.

Durch den Einbruch des Reichsfinanzministers ist es zu erklären, daß viele Wünsche der Beamten unbefriedigt geblieben sind. Die Arbeit der Rechtshilfenausschüsse ist durch die durch die Presse angelegenen Reden hinfällig bekannt.

Durch eine unglückliche verfassungsgesetzliche Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Dehne und dem Ministerpräsidenten wird den Anforderungen zugestimmt.

Die Abg. Cassan (Soz.) und Wöner (Dn. Sp.) erstatten den Bericht der Haushaltsausschüsse über die Vorlagen zur weiteren Abänderung des

Rechtshilfengesetzes.

Durch den Einbruch des Reichsfinanzministers ist es zu erklären, daß viele Wünsche der Beamten unbefriedigt geblieben sind. Die Arbeit der Rechtshilfenausschüsse ist durch die durch die Presse angelegenen Reden hinfällig bekannt.

Durch eine unglückliche verfassungsgesetzliche Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Dehne und dem Ministerpräsidenten wird den Anforderungen zugestimmt.

Die Abg. Cassan (Soz.) und Wöner (Dn. Sp.) erstatten den Bericht der Haushaltsausschüsse über die Vorlagen zur weiteren Abänderung des

Rechtshilfengesetzes.

Durch den Einbruch des Reichsfinanzministers ist es zu erklären, daß viele Wünsche der Beamten unbefriedigt geblieben sind. Die Arbeit der Rechtshilfenausschüsse ist durch die durch die Presse angelegenen Reden hinfällig bekannt.

Durch eine unglückliche verfassungsgesetzliche Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Dehne und dem Ministerpräsidenten wird den Anforderungen zugestimmt.

Die Abg. Cassan (Soz.) und Wöner (Dn. Sp.) erstatten den Bericht der Haushaltsausschüsse über die Vorlagen zur weiteren Abänderung des

Rechtshilfengesetzes.

Durch den Einbruch des Reichsfinanzministers ist es zu erklären, daß viele Wünsche der Beamten unbefriedigt geblieben sind. Die Arbeit der Rechtshilfenausschüsse ist durch die durch die Presse angelegenen Reden hinfällig bekannt.

Durch eine unglückliche verfassungsgesetzliche Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dr. Dehne und dem Ministerpräsidenten wird den Anforderungen zugestimmt.

Die Abg. Cassan (Soz.) und Wöner (Dn. Sp.) erstatten den Bericht der Haushaltsausschüsse über die Vorlagen zur weiteren Abänderung des

wundete hatte. Im Nachmittage, so schiedert der Zeuge weiter, am eine Abordnung der hiesigen Polizei auf das Rathaus mit der Mitteilung, daß die Wachen abzurufen seien, und daß die Stadt zu verlassen und die Waffen niederzulegen seien, widrigenfalls die Stadt an allen vier Ecken angezündet würde.

Polizeimeister Fritze-Magdeburg befand, daß er zu Beginn der Unruhen in Eisenberg das Kommando der Schupo gehabt habe. Die Polizei habe gleich am zweiten Tage bei einer Aktion am Otto-Schacht 4 Tote, mehrere Verwundete und zwei Gefangene. Einem Beamten gelang es zu entweichen, es wurde hinter ihm hergeschossen. Die geangenen Schupo-Beamten wurden hauptsächlich ausgekragt, ob die Polizei über Artillerie verfüge, vor der die Anführer offensichtlich die größte Angst hatten.

Zeuge Interwachtmeister Frankel berichtet über den Beginn des Feuergefechts am Otto-Schacht, über die Bedrängnis, in welche die Mannschaft der Sipo bei der Übermacht der Kommunisten geraten war. Der Zeuge ist mit mehreren Kameraden in die Hände der Kommunisten geraten und ist so verprügelt worden wie noch nie im Leben. Die Sachen wurden ihm vom Leibe gerissen, der Kopf war vollständig zerfetzt usw.

Der Angeklagte weist darauf hin, daß dieser von der Anklage als Kronzeuge angeführte Zeuge in der Voruntersuchung ganz etwas anderes ausgesagt habe. Der Zeuge, Fortier und Betriebsrat im Otto-Schacht Schetter hat mit Hötz einen sehr scharfen Zusammenstoß gehabt. Als Zeuge sah, wie Hötz die gefangenen Sipoleute herauszuziehen ließ, den Befehl gab, sie zu erschließen, und die Leute sich hierzu schüchternlich machten, ist Zeuge dazwischengezogen und hat erklärt: Ich bin hier Betriebsrat und durste nicht, daß hier die Leute erschossen werden.

Auf eine Frage des Angeklagten Hötz erklärt der Zeuge weiter: Das will ich dir noch sagen, wenn du die Leute hättest erschließen lassen, so wärst du auch tot gewesen, denn ich hatte meinen Revolver schon lose in der Tasche sitzen. Major Folke wurde auf Befragen des Staatsanwalts noch darüber vernommen, ob sich bei ihm Leute gemeldet hätten, die sich erboten wollten, den Angeklagten zu ermorden.

Hierauf werden noch eine Anzahl Zeugen vernommen, die bei dem Mord an dem Gutsherrn Heß zugegen waren. Das Hausmädchen Olga Richter aus Roßhagen hat Hötz beobachtet, als er Heß durch das Haus begleitete. Von der Ermordung selbst weiß sie nichts.

Das Küchenmädchen Reider aus Roßhagen kann über die Tat nur unwesentliche Bemerkungen machen.

Der nächste Zeuge, Landarbeiter Schumann, der auf Kittergut Roßhagen beschäftigt ist, gab an, daß er die Schieberei in seiner Wohnung gehört habe. Der erste Schuß, den er vernahm, war leiser als die übrigen, also offenbar ein Pistolenschuß.

Der Zeuge, Arbeiter Albrecht aus Hofweilau, der sich als Samariter bei der Hölzgarde befand, behauptet, er habe zur Zeit, als die Schüsse fielen, Hötz im Auto bei der Kolonne gesehen.

Auf Antrag der Verteidigung wird beschlossen, die Wachtmeister Wille und Erleben aus Magdeburg zu vernehmen. Im Anschluß daran werden die Bildhners statufinden. Hierauf wurde die Verhandlung auf Mittwoch verlagert.

17. Generalversammlung der Maler

7. Verhandlungstag. k. Frankfurt a. M., 17. Juni.

„Sozialisierung des Baugewerbes“

wurde auch heute noch längere Zeit debattiert. Bemerkenswert sind Ausführungen des Vertreters des Deutschen Bauarbeiterverbandes Ellinger-Hamburg, der betonte, mit Lohnbewegungen allein könne die Lebenshaltung der Arbeiter nicht verbessert werden; die Arbeiterklasse müsse Einfluss auf die Preisgestaltung bekommen.

Der Verbandstag nahm zu dieser Frage gegen etwa 20 Stimmen eine Entschließung an, die den Vorstand beauftragt, die Sozialisierungsbestrebungen auch weiterhin energisch zu fördern und geeignete Gesandtschaften als bisher für die Sozialisierungsbestrebungen auszuweisen. Den Fiskalen wird empfohlen, sich an dem Werten der Baufirmenbetriebe über die Sozialisierung zu beteiligen.

Die 17. Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder stellt fest, daß der Aufbau ihres Verbandes und seine Tätigkeit zur Förderung der materiellen und kulturellen Interessen der Arbeiter dieses Gewerbes nur im Rahmen der Berufsorganisationsbestrebungen werden konnte.

Die 17. Generalversammlung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder stellt fest, daß der Aufbau ihres Verbandes und seine Tätigkeit zur Förderung der materiellen und kulturellen Interessen der Arbeiter dieses Gewerbes nur im Rahmen der Berufsorganisationsbestrebungen werden konnte. Die diesjährigen Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, an dem Aufbau einer neuen, auf der Gemeinschaft beruhenden Gesellschaft mitzuwirken, stellen die Gewerkschaften vor Aufgaben, von deren Lösung das Zusammenwirken und in weiterer Folge der organisatorische Zusammenschluß der innerhalb größerer Industrien bestehenden Verbände zweckmäßig ist.

Der Verbandstag nahm zu dieser Frage gegen etwa 20 Stimmen eine Entschließung an, die den Vorstand beauftragt, die Sozialisierungsbestrebungen auch weiterhin energisch zu fördern und geeignete Gesandtschaften als bisher für die Sozialisierungsbestrebungen auszuweisen. Den Fiskalen wird empfohlen, sich an dem Werten der Baufirmenbetriebe über die Sozialisierung zu beteiligen.

Die 17. Generalversammlung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder stellt fest, daß der Aufbau ihres Verbandes und seine Tätigkeit zur Förderung der materiellen und kulturellen Interessen der Arbeiter dieses Gewerbes nur im Rahmen der Berufsorganisationsbestrebungen werden konnte. Die diesjährigen Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, an dem Aufbau einer neuen, auf der Gemeinschaft beruhenden Gesellschaft mitzuwirken, stellen die Gewerkschaften vor Aufgaben, von deren Lösung das Zusammenwirken und in weiterer Folge der organisatorische Zusammenschluß der innerhalb größerer Industrien bestehenden Verbände zweckmäßig ist.

Die 17. Generalversammlung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder stellt fest, daß der Aufbau ihres Verbandes und seine Tätigkeit zur Förderung der materiellen und kulturellen Interessen der Arbeiter dieses Gewerbes nur im Rahmen der Berufsorganisationsbestrebungen werden konnte. Die diesjährigen Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, an dem Aufbau einer neuen, auf der Gemeinschaft beruhenden Gesellschaft mitzuwirken, stellen die Gewerkschaften vor Aufgaben, von deren Lösung das Zusammenwirken und in weiterer Folge der organisatorische Zusammenschluß der innerhalb größerer Industrien bestehenden Verbände zweckmäßig ist.

Mag Hötz vor dem Sondergericht.

6. Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsrat Braun wird die Beweisaufnahme fortgesetzt und der nachträglich geladene Oberbürgermeister Dr. Meise-Eisenberg vernommen.

Das Haus stimmt gegen die Stimmen der unabhängigen Fraktion dem neuen Gesetz zu.

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur

ist das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!